

FRAGEBOGEN ZUR KOMMUNALWAHL 2020

Zur Vorbereitung des Politiker-Speed-Datings (4. Sep 2020) und des Kommunalwahl-o-maten hat das Jugendforum (JUFO) Rheda-Wiedenbrück am 8. Mai 2020 allen Parteien und politischen Gruppierungen, von denen bekannt war, dass sie bei den Kommunalwahlen am 13. Sep 2020 antreten werden, einen Fragebogen mit 23 Fragen zugeschickt.

Die Beantwortung der Fragebögen ist wie folgt beim JUFO eingegangen:

- B'90/ Die Grünen = 2. Juni 2020
- CDU = 8. Juni 2020
- MOVE = 8. Juni 2020
- FDP = 13. Juni 2020
- SPD = 30. Juni 2020

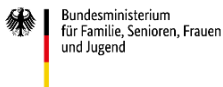
Nachdem das JUFO am 10. August 2020 erfahren hat, dass die AfD auch Kandidierende zur Kommunalwahl angemeldet hat, ist ihr der Fragebogen am selben Tag zugeschickt worden. Die Antworten hat das JUFO am 18. August 2020 erhalten.

Die Antworten der Partei DIE LINKE sind am 28. August 2020 eingetroffen.

Die FWG hat keine Antworten geschickt.

Inhaltsverzeichnis

1. Was haben Sie in der vergangenen Legislaturperiode für die Jugendlichen in Rheda-Wiedenbrück geleistet?	3
2. Bei welchen Themen sind die Perspektiven der Jugendlichen für Sie relevant? Und wie werden Sie Jugendliche künftig ganz konkret einbeziehen?.....	5
3. Wie stehen Sie dazu, dass Jugendliche in Rheda-Wiedenbrück sich bessere Freizeitmöglichkeiten wünschen? Wie wollen Sie die Freizeitaktivitäten für Jugendliche in Rheda-Wiedenbrück ausbauen?.....	7
4. Wie wollen Sie die heimischen Jugendzentren besser unterstützen?	9
5. Wie möchten Sie die Arbeit des Jugendkulturrings unterstützen?	11



Demokratie *leben!*



6. Werden Sie für die politische Mitbestimmung von Jugendlichen ein Jugendparlament in Rheda-Wiedenbrück einrichten? 12

7. Wie wollen Sie den interkulturellen und interreligiösen Dialog in Rheda-Wiedenbrück fördern? 13

8. Was tun Sie für die Integration von Geflüchteten? Soll Rheda-Wiedenbrück ein "sicherer Hafen" für Geflüchtete werden?..... 15

9. Wie soll der ÖPNV in Rheda-Wiedenbrück ausgebaut werden? 17

10. Was wollen Sie zur Verbesserung des Radverkehrs tun? 19

11. Was wollen Sie gegen den zunehmenden Fahrraddiebstahl z.B. am Bahnhof Rheda tun? 21

12. Sind die Schulen in Rheda-Wiedenbrück sanierungsbedürftig? Und wann werden die Sporthallen saniert?..... 22

13. Wie sicher sind die Schulwege in Rheda-Wiedenbrück?..... 24

14. Welche Vor- und Nachteile hat die Digitalisierung des Lernens an den Schulen in Rheda-Wiedenbrück? 26

15. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass alle Schülerinnen und Schüler gleichberechtigt an der Digitalisierung des Lernens an unseren Schulen teilhaben können? (Stichwort: soziale Ungleichheit) 28

16. Wie wollen Sie sonst noch gegen soziale Ungleichheit in Rheda-Wiedenbrück vorgehen? 29

17. Welche Klimaschutzmaßnahmen wollen Sie in Rheda-Wiedenbrück ergreifen? 31

18. Wie wollen Sie Rheda-Wiedenbrück als Wirtschaftsstandort für solche Unternehmen attraktiver machen, die Jugendlichen eine gute Ausbildung ermöglichen? 34

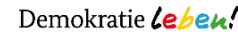
19. Wie stehen Sie zu den in Kritik geratenen Arbeitsbedingungen des in Rheda-Wiedenbrück ansässigen Unternehmens Tönnies?..... 36

20. Wie wollen Sie das Verhältnis zwischen den osteuropäischen Tönnies-Mitarbeitern und der lokalen Bevölkerung verbessern? 38

21. Was tun Sie dafür, dass Rheda-Wiedenbrück familienfreundlicher wird?..... 40

22. Wie wollen Sie gegen die zunehmende Verschmutzung des öffentlichen Raums vorgehen? 42

23. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass sich Jugendliche in Rh-Wd intensiver mit den örtlichen und regionalen Geschehnissen zur Zeit des NS-Regimes auseinandersetzen? 44



1. Was haben Sie in der vergangenen Legislaturperiode für die Jugendlichen in Rheda-Wiedenbrück geleistet?

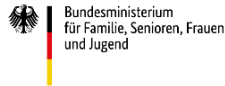
<p>CDU</p>	<p>Unterstützung für die Jugendhäuser (Zuschüsse, Renovierung Alte Emstorschule) der Stadt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zuschüsse für die Freibäder und das Hallenbad • Instandhaltung öffentlicher Bolzplätze • Unterstützung der Sportvereine (z. B. durch Zuschüsse) • Instandhaltung öffentlicher Sportanlagen (z. B. TSGKampfbahn, EG-Sportplatz) • Einrichtung des Skater-Parks, Sandvolleyball-Anlagen in der Flora und in Lintel • Bau der Dreifach-Sporthalle in Rheda • Sanierung Kleinschwimmbecken (Piuschwimmhalle) • kostenlose Öffnung der Sporthallen und Sportplätze für Vereine • Bau der Gesamtschule in Rheda, massive Investitionen in alle Schulen • Zuschüsse für Schülerhaushalte an den weiterführenden Schulen • Antrag/Unterstützung für eine Schnellbuslinie nach Paderborn • Modernisierung von Spielplätzen (z. B. Spielplatz an der Andreasschule)
<p>SPD</p>	<p><i>Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheda-Wiedenbrück hat ein Jugendparlament zur besseren Beteiligung der Jugendlichen beantragt. Sie ist mit diesem Antrag leider gescheitert. Im Zuge des Neubaus der Stadthalle haben wir die Einrichtung von Projektionstechnik für einen möglichen Kinobetrieb eingefordert. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass wir dringend „legale“ Treffpunkte für Jugendliche benötigen. In den Bereichen Schulen sprechen wir uns für eine hochwertige Ausstattung – auch im Bereich der Digitalisierung – aus. Als Jugendhilfeausschussvorsitzender habe ich die Arbeit der Jugendhäuser stets positiv begleitet.</i></p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Wir sind froh, dass vor einigen Jahren die Grüne Jugend auf Kreisebene wiederbelebt wurde und dass auch einige Mitglieder aus Rheda-Wiedenbrück stammen. Über den Jugendhilfeausschuss haben wir Projekte wie den Interaktiven Jugendstadtplan online oder das Chancenportal voll unterstützt. Wir haben die Arbeit der Jugendzentren voll unterstützt.</p>
<p>FDP</p>	<p><i>Unsere Politik lässt sich mit dem Ziel „enkelfit“ beschreiben. Wir möchten, dass kommende Generationen alle Chancen haben, in Rheda-Wiedenbrück ein freies und selbstbestimmtes Leben führen zu können. Alle Entscheidungen, die wir in der vergangenen Wahlperiode getroffen haben, sollen sich hieran messen. Konkrete Projekte für Jugendliche, die wir beantragt und/oder unterstützt haben, waren:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Antrag auf Einrichtung eines Jugendparlaments unter Einbeziehung unserer Jugendorganisation (JuLis) und Vertretern von allen weiterführenden Schulen in der Stadt. Dieser Antrag wurde leider von der CDU und der Jungen Union abgelehnt;</i>



Demokratie *leben!*



	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung des Projektes Schülerhaushalt an weiterführenden Schulen; • Anträge zur Verbesserung der Mobilität, u.a. zur Einführung eines verbesserten Stadtbuss-Angebots, einer Fernbus-Haltestelle am Bahnhof und einer besseren Anbindung der Außenbereiche und Dörfer; • Unterstützung der Umgestaltung der Flora Westfalica, insbesondere beim Bau der Skateranlage; die Nutzung dieses Areals für Jugendliche hat die FDP bereits seit 2009 initiiert; • Generationengerechte Haushaltspolitik; wir haben nur Haushalten zugestimmt, die ohne neue Schulden auskommen und kommende Generationen somit nicht belasten; • Antrag zu kostenlosen Beglaubigungen von Abschlusszeugnissen, damit die Bewerbung für Ausbildungsplätze oder die Einschreibung beim Studium für Bewerber kostenlos bleibt; dieser Antrag wurde leider abgelehnt; • Mehr Mittel für die Digitalisierung unserer Schulen; • Unterstützung aller Projekte der Wirtschaftsförderung zur Vermittlung von Ausbildungsplätzen, z.B. das Azubi-Speeddating; • Öffnung aller Spiel- und Sportplätze an städtischen Schulen am Nachmittag und am Wochenende;
LINKE	<p>Der Stadtrat der LINKEN Fritz Ludwig setzt sich als beratendes Mitglied im Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend und Sport für die Interessen Jugendlicher ein. Außerparlamentarisch ist Fritz Ludwig seit 10 Jahren im Verein „Brücken bauen“ aktiv. Der Verein begleitet Jugendliche in Schule und Ausbildung. Vier Jahre lang hat er Jugendliche mit Migrationshintergrund bei deren Besuchen bei Behörden, Ärzt*innen usw. unterstützt</p>
AfD	<p>Bisher war die AfD nicht im Stadtrat von Rheda-Wiedenbrück vertreten. Die AfD war im Kreistag Gütersloh, dort im Jugendhilfeausschuss vertreten und hat sich für die Belange der Jugendarbeit eingesetzt. Das Kreistagsmitglied Johannes Brinkrolf war von 2001 bis 2008 Jugendschöffe und ist daher mit den vielfältigen Problemen bekannt.</p>
FWG	
MOVE	<p>Die Wählergemeinschaft »move – Bürger bewegen Rheda-Wiedenbrück e. V.« ist eine neue Organisation und tritt bei der diesjährigen Kommunalwahl erstmals an. Daher konnten wir uns leider in der vergangenen Legislaturperiode nicht für Jugendarbeit einsetzen, das soll sich natürlich zukünftig ändern!</p>



Demokratie *leben!*



2. Bei welchen Themen sind die Perspektiven der Jugendlichen für Sie relevant? Und wie werden Sie Jugendliche künftig ganz konkret einbeziehen?

<p>CDU</p>	<p>Ausstattung der Schulen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schülerhaushalte • Unterstützung der Jugendhäuser • Aufstellung von fünf Ratskandidaten unter 30 bei der CDU • Schaffung von Freizeitmöglichkeiten und Aufenthaltsräumen, z. B. Strandbereich, Grillflächen, Veranstaltungsfläche ähnlich wie Wapelbeats in Gütersloh • Fahrradwege • ÖPNV
<p>SPD</p>	<p><i>Insbesondere im Bereich der öffentlichen Finanzen ist darauf zu achten, dass den kommenden Generationen keine Altlasten aufgebürdet werden, die sie nicht schultern können. Das Thema Jugend ist – wie auch das Thema Senioren – prinzipiell bei allen politischen Entscheidungen mitzudenken. Speziell auch in den Bereichen Kultur, Freizeit und Stadtplanung (Verkehr etc.) ist es jedoch dringend geboten, die Anliegen der kommenden Generation stärker als bisher in den Fokus zu nehmen. Wir hatten für Anfang Mai einen Work-Shop mit Jugendlichen geplant, um deren Bedürfnisse zu erfahren. Leider ist dies aufgrund der Corona-Krise nicht möglich gewesen. Wir werden dieses nachholen, sobald dies möglich ist. In diesem Rahmen wäre auch unsererseits abgefragt worden, wie sich Jugendliche eine Beteiligung vorstellen.</i></p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Spätestens seit den „Fridays for Future“-Protesten haben junge Menschen gezeigt, dass sie bei Klimafragen mitsprechen möchten. Auch bei Fragen der Freizeitmöglichkeiten ist es wichtig, die Bedürfnisse der Jugendlichen einzubeziehen. Dafür möchten wir uns stark machen. Wir haben offene Fraktionssitzungen und Ortsverbandssitzungen, zu denen wir einladen. Wir möchten alle Jugendlichen einladen, direkt mit uns in Gespräch zu kommen, um ihre Anliegen zu schildern. Und natürlich sind junge Menschen auch zur Mitarbeit eingeladen. Dazu ist keine Mitgliedschaft bei den Grünen erforderlich. Denn nicht jeder möchte sich gleich an eine Partei binden.</p>
<p>FDP</p>	<p><i>Jugendliche bringen einen anderen Blickwinkel und eigene Zielvorstellungen und Wünsche in die politische Debatte ein. Als Freie Demokraten ist es uns schon seit vielen Jahren ein Anliegen, die Stimme der Jugend im Stadtrat zu vertreten. Jede größere Partei in Rheda-Wiedenbrück hat eine eigene Jugendorganisation. Bei den Jungen Liberalen (JuLis) engagieren sich etwa 30 Jugendliche zwischen 14 und 35 und setzen sich für die Belange von jungen Menschen in unserer Stadt ein. Als FDP beziehen wir sie in alle politischen Entscheidungen ein. Sechs unserer 19 Kandidaten für den Stadtrat sind unter 30 Jahren und bringen damit frische Ideen in die Politik der FDP ein.</i></p> <p><i>Losgelöst vom parteipolitischen Engagement von jungen Menschen möchten wir sie in Entscheidungsprozesse einbeziehen, die ihr Leben unmittelbar beeinflussen. Deshalb möchten wir ein Jugendparlament einrichten, das von allen Jugendlichen in der Stadt demokratisch gewählt wird und die Anliegen gegenüber dem Stadtrat vertritt.</i></p>



Demokratie **leben!**



	<i>Außerdem wünschen wir uns eine stärkere Einbindung der Schülervertreter in die Schulpolitik vor Ort.</i>
LINKE	<i>Bei den Themen Klima, Bildung, Digitalisierung, Wohnungs- und Städtebau, ÖPNV, Gesundheit, Arbeitsplätze, Kultur, Finanzen und Abrüstung. Es gibt eigentlich kein Politikfeld, in dem nicht auch über die Zukunft Jugendlicher entschieden wird. Die Jugendlichen mischen sich erfreulicherweise verstärkt in die Politik ein. Nicht nur „Fridays for Future“ zeigt das, sondern auch das breite Engagement Jugendlicher in anderen sozialen Bewegungen. Als Beispiele seien die Umwelt- und Tierrechtsbewegungen, aber auch antifaschistische Gruppen und Unterstützergruppen für Geflüchtete genannt. Auf kommunaler Ebene ist ein Jugendparlament ein Instrument politischer Beteiligung. Das macht aber nur Sinn, wenn dieses bei allen relevanten kommunalen Entscheidungen mitwirken kann. Vor allen Beschlüssen von Rat und Ausschüssen, die das Leben Jugendlicher in irgendeiner Weise betreffen, sollen die betroffenen Jugendliche das Recht auf Anhörung haben.</i>
AfD	<i>Besonders problematisch ist die immer stärker werdende Diskriminierung von Mädchen und Frauen aus dem islamischen Kulturkreis. Vollverschleierung und Zwangsgenitalverstümmelungen sind unter allen Umständen zu unterbinden. Problematisch ist auch, dass Jugendliche, welche aus nicht-muslimischem Umfeld kommen von muslimischen Jugendlichen angepöbelt oder schikaniert werden. Auffällig ist, dass die Hemmschwelle bei Schlägereien, auf am Boden liegende Opfer weiterhin mit Fußtritten attackiert werden. Alle Jugendlichen sollen, unabhängig von Herkunft, Religion oder persönlicher Weltanschauung, unter freiheitlichen Bedingungen aufwachsen, ohne religiös oder politisch indoktriniert oder schikaniert zu werden.</i>
FWG	
MOVE	<i>Wichtig für uns ist der Dialog mit Jugendlichen, um die Themen der Jugend zu verstehen und mit Ihnen gemeinsame Lösungsansätze zu finden. Nur wer zuhört, kann auch ein Verständnis zu einer jungen Generation aufbauen. Wir verstehen uns als Partner und helfen dabei Ideen im Rat durchzusetzen. Dazu wollen wir eine Dialogplattform auf unserer Webseite und ein festes Live-Format »TALK ABOUT« einführen. Politisches Interesse bei der Jugend zu wecken sehen wir als Kernaufgabe. Globale und nationale Themen sind natürlich sehr wichtig, aber auch lokale Themen spielen eine große Rolle. Vor Ort, unmittelbar etwas zu bewegen und positiv zu verändern, motiviert und begeistert Jugendliche. Wer mit der lokalen Situation unzufrieden ist, kann sich engagieren und aktiv mitgestalten.</i>

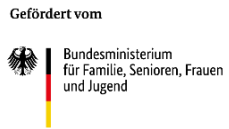


Demokratie *leben!*



3. Wie stehen Sie dazu, dass Jugendliche in Rheda-Wiedenbrück sich bessere Freizeitmöglichkeiten wünschen? Wie wollen Sie die Freizeitaktivitäten für Jugendliche in Rheda-Wiedenbrück ausbauen?

<p>CDU</p>	<p>nachvollziehbar</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung der Jugendhäuser und des Jugendkulturrings • Schaffung von weiteren Freizeitmöglichkeiten und Aufenthaltsräumen ähnlich dem Skaterpark in der Flora <p>(siehe Antworten zu Frage 2)</p>
<p>SPD</p>	<p><i>Der Anspruch ist zu unterstützen. Es muss freie Treffpunkt für Jugendliche geben. Kinobetrieb muss in der Stadthalle möglich sein. Das „Skater-Gelände“ in im Flora-Park ist weiter auszubauen. Der öffentliche Nahverkehr in der Stadt ist so auszubauen, dass es eine Schnellverbindung zwischen den Ortsteilen gibt. Ggf. ist ein Diskothekenbetrieb zu ermöglichen. Die Vereinsarbeit ist weiterhin insbesondere in Hinblick auf die Jugendarbeit zu unterstützen. Ggf. Ist diese Unterstützung noch auszubauen. Sportmöglichkeiten ohne Vereinsbindung sind auszubauen. Ein Freibadbetrieb muss aufrechterhalten werden.</i></p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Jugendliche brauchen Räume, in denen sie sich frei bewegen können und ohne dauernde Beobachtung stehen und als potentielle Störenfriede angesehen werden. Ein gutes Beispiel ist der Skatepark „Altes Klärwerk“. Neben den Jugendzentren und dem Skatepark sollte es in Rheda und in Wiedenbrück auch „Jugendzonen“ geben. Anstatt Bänke abzubauen im Park, sollte man bewusst Orte schaffen. In Kombination mit Streetworkern, also aufsuchender Jugendarbeit, würde für junge Menschen Raum im Stadtbild geschaffen, der ihnen auch zusteht. Denkbar wäre auch eine Umfrage, um herauszufinden, was Jugendliche sich in ihrer Stadt wünschen.</p>
<p>FDP</p>	<p><i>Die Flora Westfalica bietet rund um den Skatepark noch weitere Flä-chen, die wir für weitere Freizeitmöglichkeiten entwickeln möchten. Direkt an der Ems möchten wir einen Sandstrand errichten, um bei kalten Cocktails warme Sommerabende ausklingen zu lassen – zum Chillen, als Partylocation oder Ort für Kultur und Livemusik. Zudem können wir uns eine Open Gym oder Calisthenics-Anlage dort vorstellen. Die Innenstädte von Rheda und Wiedenbrück möchten wir attraktiver gestalten um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen und neue Geschäfte anzusiedeln. Außerdem möchten wir das Kulturprogramm für Jugendliche attraktiver gestalten und zu einer lebendigen Gastronomieszene, z.B. am neugestalteten Doktorplatz, beitragen. Als mittelgroße Stadt kann Rheda-Wiedenbrück nicht alle Freizeitaktivitäten anbieten, wie es größere Städte wie Gütersloh, Lipstadt oder Bielefeld können, z.B. Kino, Nachtleben, Bowlingbahnen oder größere Innenstädte mit mehr Geschäften. Hieran wird auch die Politik nichts ändern können. Deshalb möchten wir aber, dass es für Jugendliche aus Rheda-Wiedenbrück einfacher wird, diese Angebote zu nutzen: ein besserer öffentlicher Nahverkehr mit einem Nachtbus nach Bielefeld und günstigen Fahrpreisen bringt die Freizeitangebote anderer Städte näher nach Rheda-Wiedenbrück. Gleichwohl möchten wir dazu beitragen, dass sich auch in unserer Stadt innovative Unternehmen und Einrichtungen ansiedeln, die zu mehr Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche führen, z.B. Kino, Kicker-halle, o.ä.</i></p>
<p>LINKE</p>	<p><i>Dieser Wunsch hat unsere volle Unterstützung! Zum Beispiel durch die Förderung von Kinder- und Jugendeinrichtungen und von selbstverwalteten Jugendzentren. Durch finanzielle Unterstützung kultureller Jugendinitiativen. Kostenlose Proberäume und gebührenfreien Zugang zu technischem Equipment und Musikinstrumenten.</i></p> <p><i>Durch den Erhalt bzw. die Schaffung von Freiflächen als zwanglose Treffpunkte.</i></p>



AfD	<i>Das Jugendliche bessere Freizeitmöglichkeiten wünschen ist nachvollziehbar. Freizeitaktivitäten können im Sportbereich verbessert werden, z.B. reiten, schwimmen oder Fußball usw.</i>
FWG	
MOVE	<i>Das finden wir verständlich. Es gibt für Jugendliche zwar ein großes Angebot – aber wir fragen uns, ob das auch ausreichend kommuniziert wird und alle Jugendlichen darüber Bescheid wissen, was es in Rheda-Wiedenbrück alles für sie gibt. Darüber hinaus müsste man im Dialog abfragen, was genau den Jugendlichen fehlt, um dann den Bedarf im Rat der Stadt diskutieren zu können.</i>

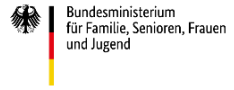
4. Wie wollen Sie die heimischen Jugendzentren besser unterstützen?

CDU	Unsere Jugendhäuser werden schon heute stärker unterstützt als in vielen anderen Kommunen; unabhängig von punktuell zusätzlichen Mitteln (z. B. für einzelne Vorhaben), ist aktuell keine weitere Unterstützung vorgesehen. Die alte Emstorschule wurde bspw. schon in der letzten Legislaturperiode renoviert.
SPD	<i>Im Jugendhilfeausschuss sind seitens der Leitungen der Jugendhäuser keine Forderungen hinsichtlich einer besseren Unterstützung an die Politik gerichtet worden. Generell sprechen wir uns für eine bessere personelle Ausstattung der Jugendhäuser aus, falls dies erforderlich ist. Die Sachausstattung muss an den Bedürfnissen der Jugendlichen ausgerichtet werden.</i>
GRÜNE	Unsere Jugendzentren leisten hervorragende Arbeit. Die Finanzierung und die personelle Ausstattung müssen stimmen. Dafür werden wir uns in Zukunft stark machen. Im Jugendhilfeausschuss soll weiterhin regelmäßig über die Ziele und Arbeit der Jugendzentren berichtet werden, damit wir uns als Politiker ein Bild über die Lebenswelten junger Menschen machen können und eine Ahnung von deren Wünschen und Bedürfnissen bekommen. Denkbar wäre ein gewisses Budget zur Verfügung zu stellen, über das dann die Jugendlichen im Jugendzentrum demokratisch entscheiden dürfen, welche Aktionen oder Anschaffungen sie damit tätigen möchten. Durch die Ganztagschulen hat sich auch die Freizeit verändert. Schön wären Kooperationen der Sportvereine mit den Jugendzentren.
FDP	<i>Unsere drei Jugendzentren (Alte Emstorschule, St. Aegidius und St. Pius) leisten bereits heute eine hervorragende Arbeit und bieten ein vielfältiges Angebot an Veranstaltungen und Aktivitäten. Wir möchten die bestehenden Personalstellen, die die Stadt Rheda-Wiedenbrück, finanziert, erhalten. Zur Verbesserung des Angebots können wir uns vorstellen, konkrete Projektwochen in allen Jugendzentren zu fördern und so die Bezu-schussung für die Jugendarbeit für konkrete Angebote erhöhen, z.B. im Bereich Digitalisierung, Demokratie, Wirtschaft, o.ä.</i>
LINKE	<i>Bestehende Jugendeinrichtungen müssen bestens saniert und auf den neuesten Stand der Technik gebracht werden. Die Einrichtungen sollen kostenlos der Jugend zur Verfügung gestellt werden. Öffentliche Mittel müssen zur Verfügung gestellt werden. Anzustreben ist eine Selbstverwaltung der Jugendzentren.</i>
AfD	<i>Nur unter der Voraussetzung, dass sichergestellt ist, dass die Jugendlichen weder politisch noch religiös indoktriniert werden. Die ist heute leider der Fall.</i>
FWG	
MOVE	<i>Auch da steht erstmal der Dialog – was brauchen die einzelnen Jugendzentren denn? Wo ist der Bedarf? Wir sehen im Dialog immer die pragmatischste Lösung!</i>

In Kooperation zwischen



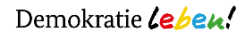
Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

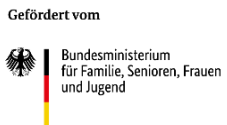
Demokratie *leben!*





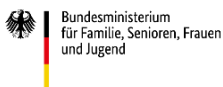
5. Wie möchten Sie die Arbeit des Jugendkulturrings unterstützen?

CDU	Der Jugendkulturring wird aktuell schon über die Flora Westfalica (eine 100% Tochter der Stadt Rheda-Wiedenbrück) finanziell unterstützt. Der Jugendkulturring hat bspw. ein eigenes jährliches Budget und einen hauptamtlichen Mitarbeiter. Sollten weitere Projekte vom Jugendkulturring Unterstützung benötigen, dann stehen wir diesen offen gegenüber. Der Jugendkulturring wurde bei der damaligen Planung des Skaterparks mit einbezogen.
SPD	<i>Auch hier gibt es derzeit keine Forderungen an die Politik zur besseren Unterstützung. Es gilt hier aber auch, dass wir eine personelle Aufstockung der Begleitung der Verwaltung und eine bessere Sachausstattung – orientiert an den Bedürfnissen der Jugendlichen – unterstützen würden, soweit dies gewünscht und erforderlich ist.</i>
GRÜNE	Der Jugendkulturring ist eine große Bereicherung für unsere Stadt. Die Jugendlichen entwerfen ein außergewöhnliches, frisches Kulturprogramm- und das ganze ehrenamtlich. Wir möchten die jungen Menschen unterstützen und weiterhin notwendige finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Kultur ist ein wichtiges Gut und das Programm des Jugendkulturrings ist ein Alleinstellungsmerkmal für Rheda-Wiedenbrück.
FDP	<i>Das Open Air Kino, Kubb-Turnier oder auch der Skatecontest ziehen jedes Jahr viele Jugendliche als Besucher oder Teilnehmer an. Der Jugendkulturring lebt davon, dass sich die Angebote direkt aus der Mitgliedschaft entwickeln. Deshalb möchten wir dem JKR keinerlei Vorgaben zum Programm oder konkreten Veranstaltungen machen. Viel wichtiger ist uns, dass Jugendliche mit dem JKR selbst eine Plattform erhalten, ihre Ideen umzusetzen. Deshalb werden wir auch weiterhin die Arbeit des JKR mit städtischen Mitteln bezuschussen. Außerdem stehen wir im Austausch mit der Geschäftsführung des JKR, um mit ihr über Projekte und Angebote zu sprechen.</i>
LINKE	<i>Die Jugend sollte ein erhöhtes Mitspracherecht bei der Arbeit des Kulturrings haben. Diese muss sich an den Forderungen und Belangen der Jugendlichen orientieren. Der Jugendkulturring sollte mehr Fördermittel bekommen.</i>
AfD	---
FWG	
MOVE	<i>Das Programm und die Organisation des Jugendkulturrings wird von move als innovativ und interessant beurteilt. Das geht genau in die richtige Richtung! Er wird von uns gerne mit Sachverstand unterstützt, wenn es um Budgetfragen, Locationanfragen, Künstleranfragen oder Vermarktungshilfen geht</i>



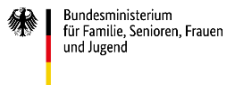
6. Werden Sie für die politische Mitbestimmung von Jugendlichen ein Jugendparlament in Rheda-Wiedenbrück einrichten?

CDU	<p>Nein, wir werden kein Jugendparlament in Rheda-Wiedenbrück einrichten. Dies liegt zum einen daran, dass es ein Jugendparlament in Rheda-Wiedenbrück bereits gegeben hat und leider gescheitert ist. Eine 2. Einrichtung ist bereits im Rat mit der Mehrheit der politischen Parteien abgelehnt worden (siehe Ratsinformationssystem). So ein Jugendparlament ist mit vielen personellen Ressourcen im Rathaus verbunden, die auch Geld kosten. Diese Gelder möchten wir direkt für die Jugendlichen unserer Stadt einsetzen. Deswegen haben wir in der letzten Legislaturperiode den sogenannten „Schülerhaushalt“ eingeführt. Mit diesem knüpfen wir an die bestehenden schulischen Strukturen an und lassen die Schülerinnen und Schüler an den jeweiligen Schulen per Demokratie allein entscheiden, welche Projekte sie mit dem Geld unterstützen möchten. Davon profitieren die Schülerinnen und Schüler in unseren Augen mehr als durch ein Jugendparlament. Dennoch möchten wir den Jugendlichen unserer Stadt die Möglichkeit geben sich politisch zu engagieren. Zum einen möchten wir ein Planspiel einrichten, welches den Jugendlichen die Kommunalpolitik in wenigen Wochen näherbringt. Zum anderen ist in den politischen Jugendorganisationen sowie Parteien immer die Möglichkeit sich zu engagieren!</p>
SPD	<p><i>Wir beantragen dieses seit Jahren. Es ist von der Mehrheitsfraktion abgelehnt worden. Diese Forderung wird ein Teil des Wahlprogramms der SPD sein.</i></p>
GRÜNE	<p>Wir wollen, dass möglichst viele Menschen an demokratischen Prozessen teilhaben können. Das geht nicht nur über ein Jugendparlament, sondern auch über andere Formen der Mitbestimmung in Jugendzentren oder über Schülerhaushalte oder auch über das Jugendforum. Wir schlagen vor, eine Abfrage bei den Jugendlichen zu machen, ob ein Jugendparlament gewünscht ist und ob genügend Jugendliche bereit sind, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen. Dann ist es auch wichtig, dass es professionell durch eine Stelle im Rathaus betreut wird.</p>
FDP	<p><i>Ja! Erstmals haben FDP und JuLis im Jahr 2011 ein Jugendparlament beantragt und ein Konzept erarbeitet. Die Umsetzung scheiterte bis-lang am Widerstand der CDU und der Jungen Union, die sich vehement gegen die Einrichtung weigerten. Unser erster Antrag im neuen Stadtrat bei anderen Mehrheitsverhältnissen wird ein neuer Anlauf für das Jugendparlament sein.</i></p>
LINKE	<p><i>Die Einrichtung eines Jugendparlamentes mit weitgehenden Mitwirkungsmöglichkeiten wird von uns unterstützt.</i></p>
AfD	<p><i>Das halten wir für nicht zielführend, da andere „Minderheiten“ gleiches fordern würden. Mittelfristig hätten wir diverse „Nebenparlamente“ und die würde die Demokratie massiv lähmen, weil man aufgrund übermäßiger konträrer Meinungen nicht weiter kommen würde.</i></p>
FWG	
MOVE	<p><i>Ja, genau das ist unser Ziel. Eines unserer Mitglieder hat das bereits erfolgreich in Paderborn eingeführt und brennt darauf, das in Rheda-Wiedenbrück auch erfolgreich machen zu können! Die Jugendlichen sollten ein Plenum haben und auch die Möglichkeit, Ihre Themen vorzubringen und Gehör zu finden!</i></p>



7. Wie wollen Sie den interkulturellen und interreligiösen Dialog in Rheda-Wiedenbrück fördern?

CDU	<ul style="list-style-type: none"> • die von der Stadt unterstützte Willkommensagentur der VHS und der Bereich Integration der Stadt leisten hier schon Vieles, was für eine Kommune möglich ist. Es gibt die Einbürgerungsfeiern und das internationale Kulturfest, zudem hat die Stadt einen Integrationsrat und arbeitet aktiv daran, diesen breiter aufzustellen, am Volkstrauertag nimmt regelmäßig ein Vertreter der syrisch-orthodoxen Kirche teil. • für den interreligiösen Dialog sind u. a. die Religionsgemeinschaften zuständig • die CDU ist für weitere Projekte offen bspw. von der Demokratie Partnerschaft Rheda-Wiedenbrück
SPD	<p><i>Dies geht aus unserer Sicht nur über persönliche Begegnungen mit den Menschen durch Besuche der Vereine, der gemeinsame Feste und der persönlichen Offenheit gegenüber jedem Menschen. Als Partei können wir nur an jeden appellieren, dies zu tun. Ein regelmäßig tagender runder Tisch der Stadtverwaltung zu diesem Thema wäre hilfreich. Der Integrationsausschuss als Gremium hat sich leider nicht bewährt. Aber auch dort werden wir zukünftig den Dialog weiter offen gestalten. Man wird sehen, ob sich die personelle Veränderung des Gremiums positiv auf die weitere Arbeit auswirkt.</i></p>
GRÜNE	<p>Wir wünschen uns einen starken Integrationsrat, in dem alle Bevölkerungsgruppen vom Alter und Nationalität vertreten sind, also auch junge Leute, die in Schule und Ausbildung ganz andere Erlebnisse haben als Erwachsene. Wir haben in unserer Stadt Menschen aus vielen verschiedenen Herkunftsländern und mit unterschiedlichsten Religionen. Das ist eine Bereicherung, allein wenn man das Internationale Kulturfest sieht oder den „Engel der Kulturen“, der am Rathausplatz in Rheda verlegt wurde. Da wo verschiedene Kulturen und Religionen aufeinanderstoßen, kann es aber auch zu Konflikten kommen. Durch Kommunikation und gemeinsame Aktionen müssen wir aufeinander zugehen. In der Stadtverwaltung gibt es die Stelle des Integrationsbeauftragten und in den Kirchengemeinden gibt es Menschen, die miteinander gemeinsame Aktionen planen können. Das können gegenseitige Besuche oder ein gemeinsames Friedensgebet auf einem öffentlichen Platz sein.</p>
FDP	<p><i>Als Liberale beurteilen wir Menschen nicht nach der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religion oder Wertegemeinschaft. Wir glauben, dass Religionszugehörigkeit eine private Lebensentscheidung ist, in der sich der Staat nicht einmischen sollte. Aus diesem Grund haben wir auch Vorbehalte, wenn die Stadtverwaltung oder andere staatliche Akteure eine Plattform für interreligiösen Dialog bietet. Denn damit wird suggeriert, dass eine formelle Verständigung zwischen Religionen einen Einfluss auf unser Zusammenleben in Rheda-Wiedenbrück hat. Stattdessen möchten wir Integration in unsere Gesellschaft erleichtern und kulturelle Hürden abbauen. Andererseits unterstützen wir Projekte, die zu einer interkulturellen Verständigung führen, wie z.B. das jährliche Kulturfest in Rheda. Außerdem möchten wir unsere Städtepartnerschaften intensivieren und an weiterführenden Schulen durch Schüleraustausche zu interkulturellen und innereuropäischen Dialog beitragen.</i></p>
LINKE	<p><i>Die unterschiedlichen Religionen und Kulturen müssen der Bevölkerung durch Kulturfeste etc. nähergebracht werden. Vorurteile können so minimiert werden. Öffentliche Begegnungsstellen sollten eingerichtet werden.</i></p>
AfD	<p><i>Es werden bundesweit schon tausendfach diverse Einrichtungen dazu gefördert.</i></p>
FWG	



Demokratie *leben!*



MOVE

Eines der wichtigsten Grundlagen unserer Demokratie und die Grundwerte von move sind Toleranz und Respekt. Dazu gehören eine interkulturelle und interreligiöse Vielfalt. Sie beleben unsere Stadt und macht sie bunt. Wichtig für Toleranz ist ein kontinuierlicher Dialog und Austausch. Wir möchten mit unserem Format »TALK ABOUT« genau auch diesen Austausch ermöglichen. Es geht um die Überwindung von gegenseitigen Vorurteilen und Abgrenzungen. Sich aufeinander zu zubewegen bedeutet Vorurteile beiseitezuschieben und offen für Neues zu sein.



Demokratie *leben!*



8. Was tun Sie für die Integration von Geflüchteten? Soll Rheda-Wiedenbrück ein "sicherer Hafen" für Geflüchtete werden?

CDU	<ul style="list-style-type: none"> wir tun das, was nötig ist (Unterstützung der Willkommensagentur der VHS, Einrichtung von Schulsozialarbeit an allen Schulen, städtisch unterstützte Sprachförderung an den Schulen der Stadt, Rucksackprojekt, Unterstützung von „Integrationsbegleiterinnen“ an zwei Kitas der Stadt) Rheda-Wiedenbrück sollte kein „sicherer Hafen“ werden
SPD	<p><i>Einzelne Mitglieder betreuen Flüchtlingen und Flüchtlingsfamilien. Ich selbst berate Flüchtlinge und Flüchtlingsfamilien bei Fragen zu ihren SGB II-Bescheiden. In der Vergangenheit haben wir Flüchtlinge insbesondere bei der Sprachförderung und bei der Arbeitssuche unterstützt, weil so Integration am besten gelingt. Wir sind für Rheda-Wiedenbrück als „sicherer Hafen“.</i></p>
GRÜNE	<p>Seit 2015 leben in unserer Stadt auch Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflüchtet sind.</p> <p>Vom Baby bis zum Senior gehören sie zu unserer Stadt dazu. Die Integration gelingt besonders bei Kindergartenkindern und Schulkindern gut, wenn sie möglichst schnell mit deutschen Kindern zusammen spielen und lernen. Wichtig ist, dass wir genügend Wohnraum zur Verfügung stellen, da eine eigene Wohnung für jeden Menschen ein wichtiges Bedürfnis darstellt.</p> <p>Im neu zu wählenden Integrationsrat sollten auch Geflüchtete vertreten sein. Wir haben Anfang April 2020 einen Antrag gestellt, dass die Stadt Rheda-Wiedenbrück sich zum Sicherem Hafen erklärt. Wir lehnen die EU-Abschottungspolitik ab und möchten Solidarität zeigen und Verantwortung übernehmen für aus Seenot gerettete Menschen, aber auch für die in den Griechischen Lagern dahinvegetierenden Menschen. #Leavenoonebehind</p>
FDP	<p><i>Dass wir von Krieg und Gewalt geflüchteten Menschen helfen, ist nicht nur ein Grundrecht, sondern auch unsere moralische Verpflichtung, zu der wir uns klar und eindeutig bekennen. Dabei müssen die Regeln an ein geordnetes Asylverfahren eingehalten werden. Allen Asylbewerbern und anerkannten Flüchtlingen möchten wir die Integration in unsere Stadtgesellschaft erleichtern. Durch Sprachkurse und interkulturelle Trainings möchten wir sie an unsere Sprache und unsere Werte heranführen. Durch Praktika und eine schnelle berufliche Eingliederung schaffen wir Unabhängigkeit und tragen zu einem selbstbestimmten Leben bei. Einen Beitritt zum Netzwerk „Sicherer Hafen“ lehnen wir aber entschieden ab. Hierbei handelt es sich letztendlich um einen symbolischen Akt, der an den Fluchtursachen und den teils menschenunwürdigen Zuständen in Aufnahmelagern in der Türkei oder in Griechenland nichts ändert. Hier ist die Europäische Union gefragt, zu einer gerechten Verteilung zwischen den EU-Staaten zu gelangen und die Zustände in den Aufnahmelagern zu verbessern.</i></p>
LINKE	<p><i>Rheda-Wiedenbrück sollte, wie alle Orte im Land ein "sicherer Hafen" für Geflüchtete werden. Die Diskriminierung Geflüchteter bei der Wohnungs- und Arbeitssuche muss beendet werden, das Angebot an Sprachkursen ausgeweitet. Fluchtgründe müssen genannt und öffentlich diskutiert werden. Die Geflüchteten sollten die Möglichkeit bekommen über ihre Fluchtgründe und ihre Flucht zu berichten, z.B. in Schulen. Vier Jahre lang hat Fritz Ludwig Jugendliche mit Migrationshintergrund bei deren Besuchen bei Behörden usw. begleitet.</i></p>
AfD	<p><i>Klares NEIN. Die über Framing und Nudging so genannten „Geflüchteten“ sind keine geflüchteten. Diese überwiegend jungen Männer werden über Schlepperorganisationen systematisch unter falschen Versprechungen in den Westen gelockt und von Schlepperorganisationen zu extremen Preisen transportiert. Dabei wird der eventuelle Tod beim Transfer per Schlauchboot billigend in Kauf genommen. Die Nutznießer dieser abscheulichen Ma-</i></p>



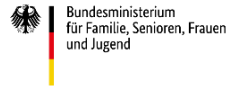
im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie *leben!*



	<p><i>chenschaften sind sowohl die „Sozialen Träger“, diverse Hilfsorganisationen aber auch Unterkunft-Besitzer, welche sich eine „goldene Nase“ an den „Geflüchteten“ verdienen. Man wird in der nächsten Zeit entscheiden müssen, ob wir einen kollabierenden Mittelstand (aufgrund Covid-19), die Arbeitslosen, die Rentner oder die „Geflüchteten“ finanzieren will. Den Sozialstaat kann man sich wie bildlich gesprochen einen großen Kuchen vorstellen. Viele Bürger zahlen in die Kassen ein, sprich, Sie backen den Kuchen. Andere möchte dann ein Stück davon haben. Hier spielt die Einwanderung der letzten 40 Jahre in die Sozialsysteme die entscheidende Rolle. Je mehr Menschen einen Anspruch auf den Kuchen bekommen, desto kleiner werden die jeweiligen Stücke. Wenn man eine Einwanderung zulässt, wie heute üblich, braucht man sich über magere Renten nicht zu wundern. Corona-bedingt werden die Einnahmen durch hohe Arbeitslosigkeit und Insolvenzen in der nächsten Zeit schrumpfen, das heißt, der Kuchen wird kleiner ausfallen und der Ruf nach Kuchenstücken wird wachsen. Jeder kann sich ausmalen, wie klein die Kuchenstücke werden. Im schlimmsten Fall müssen wir mit Zwangshypotheken bzw. Vermögensabgaben rechnen. Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags haben Zwangshypotheken im April 2020 schon als zulässig bezeichnet. Der Euro ist extrem wackelig, das Höfesterben der Landwirte wird mit großer Wahrscheinlichkeit durch ein Mittelstandsterben ergänzt. Da kommen Fragen auf.</i></p>
<p>FWG</p>	
<p>MOVE</p>	<p><i>Wir unterstützen die Initiative „sicherer Hafen“ und stehen hinter dem grundgesetzlich geregelten Anspruch auf Asyl. Den Antrag von Bündnis90/Die Grünen, RHWD zum sicheren Hafen zu machen unterstützen wir, was das Thema angeht. Eine gute und schnelle Integration und Kennenlernen funktioniert am besten in allen Alltagssituationen wie Arbeits-, Ausbildungs- und Schulsituationen oder im Vereinsleben. Wichtig ist dabei das aufeinander Zugehen und immer auch die Toleranz gegenüber den unterschiedlichen Kulturen und Religionen. Integration erfordert aber auch die Bereitschaft der zu Integrierenden, sich bei der Bewahrung der eigenen Authentizität auch teilweise den sozialen und kulturellen Strukturen in unserem Land anzupassen, damit ein harmonisches Zusammenleben gelingen kann.</i></p>

9. Wie soll der ÖPNV in Rheda-Wiedenbrück ausgebaut werden?

CDU	<p>Kostenloses Schülerticket (vom Kreis Gütersloh), die Gespräche finden im Rahmen des Westfalentarif statt</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schnellbuslinie von Rheda-Wiedenbrück nach Paderborn • Neuordnung der Linienführung • bessere Abstimmung der Fahrpläne mit den Zugverbindungen
SPD	<p><i>Wenn es nur um Rheda-Wiedenbrück geht, fordern wir eine Schnellbusverbindung zwischen Rheda und Wiedenbrück. Das Nachtbusssystem im Kreis Gütersloh muss aus unserer Sicht dringend überprüft und angepasst werden, um den Bedürfnissen gerecht zu werden.</i></p>
GRÜNE	<p><i>Bisher ist die Verkehrspolitik in Rheda-Wiedenbrück einseitig darauf ausgerichtet, den motorisierten Individualverkehr mit dem eigenen PKW zu fördern. Wir setzen uns dafür ein, dass Stadtbusse im Taktverkehr alle Stadtteile schnell und zuverlässig miteinander verbinden. Dafür liegt bereits in Grundzügen ein fertig ausgearbeitetes Konzept vor, das Schritt für Schritt umgesetzt werden sollte.</i></p>
FDP	<p><i>Als FDP-Fraktion haben wir hier bereits ein umfassendes Konzept vor-gelegt. Neben dem Bahnhof in Rheda fordern wir den Aufbau eines zweiten Busbahnhofs auf dem Parkplatz auf der Schanze in Wiedenbrück. Der bestehende Stadtbus soll abgeschafft und durch ein neues System mit zwei Linien ersetzt werden, die das Stadtgebiet halbkreis-förmig über die Ringstraße und den Sandberg umfahren und dabei möglichst viele öffentliche Einrichtungen und Wohnquartiere erschließen. Die beiden Linien treffen sich am Bahnhof in Rheda und am neuen Busbahnhof in Wiedenbrück und bieten bei einem 30- oder 60-Minuten-Takt einen bequemen Umstieg in die jeweils andere Linie. Zudem werden so die Stadtzentren erschlossen. Die drei Buslinien im Regionalverkehr (70 nach Lippstadt, 76 nach Rietberg, 79 nach Gütersloh) möchten wir alle über die Hauptstraße führen und in ihrem 60-Minuten-Takt so anpassen, dass zwischen beiden Busbahnhöfen ein 20-Minuten-Express-Takt entsteht. Die Einrichtung einer neuen Regionalbuslinie nach Paderborn unterstützen wir. Die Linie 70 nach Lippstadt möchten wir durch den Stadtteil Batenhorst umleiten. Lintel ist bereits über die Linie 76 im Studententakt angebunden. Und für St. Vit möchten wir eine weitere Linie nach Oelde prüfen oder einen Bürgerbusverein ins Leben rufen. Am Bahnhof in Rheda muss ein Umstieg an die Züge nach Bielefeld und Hamm sichergestellt werden. Zudem setzen wir uns für eine verlässlichere Eurobahn ein, denn zuletzt sind hier viele Züge ausgefallen. Zudem möchten wir prüfen, ob die Nachtbuslinie N11 von Bielefeld nach Gütersloh am Wochenende nach Rheda-Wiedenbrück verlängert werden kann.</i></p>
LINKE	<p><i>Flächendeckend, gut verknüpft mit dem überregionalen Verkehr, mit kurzen Taktzeiten und kostenlos sollte der ÖPNV der Zukunft sein.</i></p>
AfD	<p><i>In den Abendstunden fahren im Kreis Gütersloh Omnibusse mit durchschnittlich 0,6 Fahrgästen. Das ist pro Kopf über 80 Liter Diesel pro 100 km. Das ist nicht ökologisch. Anders ausgedrückt, der ÖPNV wird nicht vollumfänglich genutzt. Die AfD steht dafür, dass Jugendliche ab 14 Mofa und ab 15 belgetet Auto fahren dürfen. Der Führerschein ab 16 ist unser Ziel.</i></p>
FWG	
MOVE	<p><i>Innerhalb der Stadt ist in Rheda-Wiedenbrück ja glücklicherweise alles mit dem Fahrrad relativ gut erreichbar. Die Anbindung der Stadtteile wie z.B. St. Vit, Lintel, Batenhorst müsste genauer angeschaut werden, ob vielleicht mit höherer Taktung und kleineren Gefährten mehr Flexibilität</i></p>



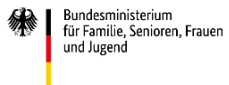
Demokratie *leben!*



erreicht werden kann. Die Anbindung zum HBF sowie zwischen den beiden Stadtteilen Wiedenbrück und Rheda sollte optimiert werden, damit auch die Bahn eine wirklich Alternative darstellt.

10. Was wollen Sie zur Verbesserung des Radverkehrs tun?

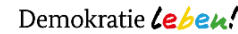
CDU	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbau der Fahrradwege u. a. Alltagsradwegenetz • Ausweisung von Fahrradstraßen wo möglich und sinnvoll
SPD	<p><i>Kurz auf den Punkt gebracht:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - <i>Umsetzung des vorliegenden Radwegekonzepts und damit Ausbau des Radwegenetzes</i> - <i>Instandsetzung von maroden Radwegen</i> - <i>Es sind vermehrt Fahrradstraßen auszuweisen.</i>
GRÜNE	<p>Wir setzen uns dafür ein, dass mehr Menschen als bisher bequem und sicher Rad fahren oder zu Fuß durch die Stadt gehen können. Der Anteil des Radverkehrs sollte deshalb bis 2025 mindestens verdoppelt werden. Dazu braucht es einen massiven Ausbau der Infrastruktur. Priorität hat dabei der Bau eines schnörkellos-komfortablen Radschnellweg entlang der Hauptstr., der Ausbau eines zusammenhängenden Radwegenetzes für die Gesamtstadt, neue Fahrradstraßen usw. Egal ob mit Hollandrad, E-Bike oder Sportflitzer unterwegs – der Radverkehr benötigt in Zukunft mehr Flächenanteile, die bisher dem Autoverkehr vorbehalten waren.</p> <p>Dann könnte es auch leichter fallen, auf den geplanten Südring-Ausbau zu verzichten und die über 30 Jahre alten Planungen endgültig zu den Akten zu legen. Die Natur in den Emsauen von Wiedenbrück, die Schüler des Schulzentrums, alle Erholungssuchenden rund um Freibad und Stadtwald und natürlich unser Klima werden es uns danken.</p>
FDP	<p><i>Zunächst ist es uns wichtig, dass verschiedene Verkehrsträger wie das Fahrrad, Auto oder der ÖPNV nicht gegeneinander ausgespielt werden. Für eine gute Mobilität in unserer Stadt benötigen wir nämlich alle Verkehrsmittel. Deshalb setzen wir uns für einen gleichberechtigten Ausbau aller Verkehrsträger ein. Für Radfahrer möchten wir Siedlungsstraßen zu Fahrradstraßen umwidmen, auf denen sie stets Vorfahrt haben und die Geschwindigkeit für Autos auf 30 km/h gesenkt wird. Dies wurde auf unsere Initiative hin auf der Fürst-Bentheim-Str. in Rheda erstmalig eingeführt. Auch der Hellweg von Wiedenbrück nach Batenhorst ist inzwischen eine Fahrradstraße. Zudem fordern wir den Ausbau von neuen Fahrradwegen, insbesondere zwischen den Stadtteilen und zu öffentlichen Einrichtungen und Schulen. So möchten wir die Schulwege sicherer machen und einen Beitrag zur klimaneutralen Mobilität leisten. Auf den Hauptverkehrsstraßen setzen wir uns für eine Radwegeführung auf der Fahrbahn ein, wie es z.B. am Ost- oder Westring in Wiedenbrück bereits der Fall ist. Denn Studien haben gezeigt, dass diese Radwegeführung zu weniger Unfällen führt.</i></p>
LINKE	<p><i>Radwege müssen in gutem Zustand und sicher sein. Das Radwegenetz muss auf Kosten des Pkw-Verkehrs ausgebaut werden.</i></p>
AfD	<p><i>Wir haben seit je her immer für bessere Radwege plädiert. Besonders am Wieksweg, dort fehlt der Radweg komplett.</i></p>
FWG	
MOVE	<p><i>Optimierung und Ausbau der Radwege, insbesondere um die Anschlussverbindungen und sichere Erreichbarkeit mit dem Fahrrad zwischen den</i></p>



Demokratie *leben!*

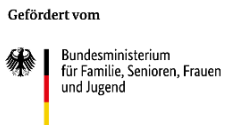


Stadtteilen Bosfeld, Lintel, Batenhorst und St. Vit zu den öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und Arbeitsplätzen sicher zu gestalten. Barrierefrei Querungen sind ein wesentlicher Aspekt für das Funktionieren und die Akzeptanz. Hier hapert es noch an vielen Stellen. Auch den Ausbau von E-Bikes Ladestationen befürworten wir, es sind ja auch immer mehr junge Leute damit unterwegs, die das E-Bike als Autoersatz nehmen.



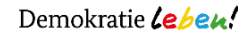
11. Was wollen Sie gegen den zunehmenden Fahrraddiebstahl z.B. am Bahnhof Rheda tun?

CDU	<ul style="list-style-type: none"> • Aufklärung über die Sicherung von Fahrrädern • Werbung für die Radstation • der Mobile Ordnungsdienst wird hier auch vermehrt schauen • ggf. eine Videoüberwachung, wenn rechtlich möglich
SPD	<p><i>Insbesondere am Bahnhof sollte über eine Erweiterung des Fahrradparkhauses nachgedacht werden. Durch die Erweiterung des Ordnungsdienstes können ggf. Fahrraddiebstähle verhindert werden. Eine Kameraüberwachung am Bahnhof oder an anderen Stellen der Stadt zur Verhinderung von Fahrraddiebstählen lehnen wir ab.</i></p>
GRÜNE	<p><i>Hierzu haben wir GRÜNEN im Sozialausschuß schon mehrfach die Polizei, die einmal im Jahr einen Überblick über die Kriminalitätsentwicklung gibt, befragt. Die Polizei setzt allein auf Aufklärung (Wie sich gegen Fahrraddiebstahl schützen?) und die Sicherheitsmaßnahmen der Fahrradbesitzer. Wir schlagen vor, die Fahrradabstellanlagen am Bahnhof durch Videoüberwachung sicherer zu machen. Davon erhoffen wir uns zumindest eine abschreckende Wirkung.</i></p>
FDP	<p><i>Wir setzen uns für den Ausbau des kommunalen Ordnungsdienstes ein. Zudem möchten wir gemeinsame Streifen zwischen Polizei und Ordnungsamt einsetzen, die für eine höhere Präsenz von Sicherheitskräften in der Öffentlichkeit sorgen. Der Bahnhof ist hier insbesondere einzubeziehen. Eine Videoüberwachung möchten wir hingegen nur an nachgewiesenen Kriminalitätsschwerpunkten ausweiten. Eine anlasslose Überwachung aller Bürgerinnen und Bürger lehnen wir ab.</i></p>
LINKE	<p><i>Mehr sichere und witterungsgeschützte Abstellplätze müssen geschaffen werden. Auf die Erfahrungen anderer Städte kann zurückgegriffen werden (z.B. Münster).</i></p>
AfD	<p><i>Hochauflösende Kameraüberwachung. Notfalls muss man die Fotos der Diebe in Internet stellen.</i></p>
FWG	
MOVE	<p><i>Hier gibt es Beispiele in anderen Städten. Dort werden Fahrradstationen angeboten, wo das Abschließen in einer »Box« möglich ist. Das ist eine Investition, die durch geringe Gebühren zum Teil refinanziert werden könnte. Außerdem könnte als kurzfristige Maßnahme eine Videoüberwachung des Parkraums das Geschehen reduzieren, natürlich mit entsprechenden Hinweisen.</i></p>

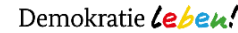


12. Sind die Schulen in Rheda-Wiedenbrück sanierungsbedürftig? Und wann werden die Sporthallen saniert?

<p>CDU</p>	<ul style="list-style-type: none"> • weder Schulen noch Sporthallen sind sanierungsbedürftig • in den letzten Jahren wurde viel in die Schulen unserer Stadt investiert: <ul style="list-style-type: none"> ○ Neubau Gesamtschule Standort Rheda ○ Umzug der Johannisschule in das renovierte Gebäude der ehemaligen EBR ○ Einzug des Einsteingymnasiums in die renovierte ehemalige Johannisschule („Zweistein“) ○ Einzug des Ratsgymnasium in die ehemalige Michael-Ende-Schule („Junior-Rats“) ○ Erweiterung von Grundschulen nach dem Raumkonzept (Eichendorffschule, Parkschule, Piuschule, etc.) ○ Erweiterung Gesamtschule Standort Wiedenbrück ○ Laufende Renovierungsmaßnahmen an allen weiteren Schulen (Osterrath-Realschule, Ratsgymnasium bspw. neue Biologie-Räume) ○ uvm.
<p>SPD</p>	<p><i>Der relativ hohe Standard an den Schulen in Rheda-Wiedenbrück ist aufrecht zu erhalten. Die von den Schulen gewünschten Sanierungen sind durchzuführen. Sanierungsbedarf besteht immer. Eine Sanierung der Sporthallen ist derzeit nicht geplant. Es liegen der Politik aber auch keine Erkenntnisse der Verwaltung vor, dass die Sporthallen in großem Umfang saniert werden müssen. Wir werden diese Frage zum Anlass nehmen, bei der Verwaltung nachzufragen.</i></p>
<p>GRÜNE</p>	<p><i>Insgesamt sind die Schulen in Rheda-Wiedenbrück in einem guten baulichen Zustand. Umfangreiche und fortlaufende Sanierungsmaßnahmen in den letzten Jahren haben einen guten baulichen Zustand ermöglicht. Dazu kommen nagelneue und top ausgestattete Schulneubauten wie das Ein-</i></p>

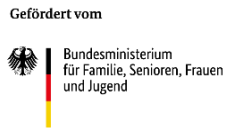


	<p>stein-Gymnasium II (ehemals Johannisschule), die Johannisschule (ehemals Ernst-Barlach Realschule) oder der Neubau der Gesamtschule in Rheda. Wenn Renovierungsbedarf erkennbar ist, soll dieser immer zeitnah in Angriff genommen werden. Ein großzügiger Anbau an der Parkschule wird 2021 umgesetzt. Durch den Neubau der Dreifeld-Sporthalle am Schulzentrum in Rheda sind die Hallenkapazitäten insgesamt deutlich verbessert worden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass keine der vorhandenen Sporthallen aufgegeben wird. Denn das könnte durchaus von der Stadtverwaltung vorgeschlagen werden.</p>
FDP	<p>Pauschal lässt sich diese Frage nicht beantworten. Im Vergleich zu anderen Städten sind unsere Schulen relativ gut ausgestattet. Trotzdem gibt es an jeder Schule einige Räume oder Einrichtungen, die sanierungsbedürftig sind, oder deren Einrichtung nicht mehr den Anforderungen an einen zeitgemäßen Fachunterricht entsprechen. Deshalb muss immer eine Einzelfallprüfung der jeweiligen Schule oder der jeweiligen Sporthalle vorgenommen werden.</p> <p>Grundsätzlich gilt für uns aber: Wir möchten die städtischen Mittel für Investitionen in Bildung deutlich erhöhen. Hierdurch sollen Sanierungen oder die Erneuerung von Fachräumen, oder aber auch die Digitalisierung unserer Schulen deutlich schneller erfolgen.</p>
LINKE	<p>Unsere Schulen sind äußerst sanierungsbedürftig. Die Sporthallen sind völlig überlastet und viele Sportarten können gar nicht mehr ausgeführt werden. Neue Sporthallen müssen unbedingt gebaut werden.</p>
AfD	<p>Ob die Schulen sanierungsbedürftig sind oder nicht, könnt Ihr Schüler besser beurteilen. Rheda-Wiedenbrück steht im Vergleich zu anderen Städten noch recht gut da. Es ist aber eine Frage der Kosten. Wir kommen wieder zu unserem Kuchen, gibt man bundesweit pro Jahr 25 Milliarden € für Geflüchtete oder andere „Gäste“ aus oder finanziert man die Infrastruktur. Geld kann immer nur einmal ausgegeben werden. Siehe „der Kuchen“, Eins geht nur.</p>
FWG	
MOVE	<p>Um das beurteilen zu können, muss man den genauen Status der Schulen kennen, das kann man so pauschal leider nicht beantworten. Aber wir setzen uns für gleiche Standards für alle Schulen ein.</p>



13. Wie sicher sind die Schulwege in Rheda-Wiedenbrück?

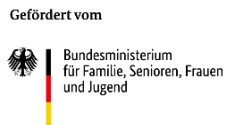
<p>CDU</p>	<p>in der Regel sicher z. B. durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> o durchgängig Tempo 30 auf der Nonenstraße o Ausweisung der Fürst-Bentheim-Str. als Fahrradstraße o Ausweisung des Hellwegs als Fahrradstraße o Entzerrung des Verkehrs am Schulzentrum Rheda durch eine neue Bushaltestelle und eine Umfahrung an der Sporthalle o zeitweise Sperrung des Burgweges o Einrichtung von Hol- und Bringzonen für Eltern o Tempo 30 am Ostring, Südring und Westring o Einführung von Geschwindigkeitsmesstafeln o Schülerlotsen o Zebrastreifen
<p>SPD</p>	<p><i>Es passieren sehr wenig Unfälle. Gleichwohl haben wir uns schon vor Jahren, dafür ausgesprochen, die Schulwege unter dem Aspekt „Unfallgefährdung“ in der ganzen Stadt zu untersuchen. Dafür sprechen wir uns auch weiterhin aus. Aus unserer Sicht gibt es Verbesserungspotential. Die Sicherheit in unmittelbarer Umgebung der Schulen ist durch Parkverbote und Elternparkplätze an allen Schulen zu verbessern.</i></p>
<p>GRÜNE</p>	<p><i>Insgesamt sind die Schulwege in unserer Stadt sicher, unfallschwerpunkte oder Unfallhäufungen hat es in den vergangenen Jahren nicht gegeben. Sollten von Eltern oder von Schülern Probleme auf dem Schulweg benannt werden, werden wir schnell reagieren und uns darum kümmern.</i></p>
<p>FDP</p>	<p><i>Auch diese Fragen lässt sich nicht pauschal für alle Schulen beantworten. Generell begrüßen wir es aber, dass an allen Zuwegungen für Schulen der Autoverkehr beruhigt bzw. die Geschwindigkeit reduziert ist. Am Schulzentrum in Rheda konnte die Sicherheit für Radfahrer durch unseren Antrag zur Umwidmung der Fürst-Bentheim-Str. in eine Fahrradstraße weiter erhöht werden. Am Schulzentrum in Wiedenbrück unterstützen wir alle Bemühungen, den Burgweg von der Lipp-städter Straße durchgehend für den Autoverkehr zu schließen. Uns ist es wichtig, regelmäßig mit der Polizei über Gefahrenstellen auf den Schulwegen zu sprechen und diese zu beseitigen.</i></p>
<p>LINKE</p>	<p><i>Leider sind die Schulwege oft sehr lang. Die Schulbezirke für die Grundschulen müssen wiedereingeführt werden. Ein flächendeckendes Angebot an Gesamtschulen muss geschaffen werden. Fahrradwege sind auszubauen und sicherer zu gestalten. In Schulbussen sollte jeder das Recht auf einen Sitzplatz haben. Die Touren sind zu optimieren und zu erweitern, um die Fahrzeiten zu verkürzen.</i></p>



Demokratie *leben!*

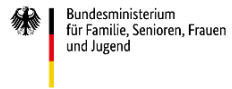


AfD	<i>Siehe Frage 12</i>
FWG	
MOVE	<i>Nonen- und Fürst-Bentheim-Straße z.B. sind zu Schulrandzeiten ein gefährliches Pflaster. Da fehlt ein Konzept, um die Schulkinder besser zu schützen. Generell müsste die Versorgung der Schulen mit Verkehrslotsen sichergestellt sein, um ein möglichst gefahrloses Kommen und Gehender Schüler zu unterstützen.</i>



14. Welche Vor- und Nachteile hat die Digitalisierung des Lernens an den Schulen in Rheda-Wiedenbrück?

CDU	<ul style="list-style-type: none"> wir sind im Hinblick auf die technische Ausstattung der Gebäude und der Schülerinnen und Schüler noch nicht soweit, wie wir es uns wünschen es gibt noch nicht genügend einschlägig aufbereitetes Material (z. B. digitale Lehrbücher) es fehlt an entsprechender Fortbildung für die Lehrerinnen und Lehrer als Teil des Medienentwicklungsplanes wurden alle Lehrerinnen und Lehrer von der Stadt mit mobilen Endgeräten ausgestattet es gibt einen städtischen Medienentwicklungsplan, der nach und nach umgesetzt wird und der Maxime „Pädagogik vor Technik“ folgt. Die Initiative für diesen Medienentwicklungsplan hat die CDU ergriffen. Die Schulen werden bei diesem Thema mit einbezogen.
SPD	<p><i>Die Nachteile des alleinigen digitalen Lernens zeigen sich jetzt in der Corona-Krise und werden in der Presse hinlänglich diskutiert (siehe auch Frage 15). Vorteile des alleinigen digitalen Lernens sehe ich aufgrund der Auswirkungen auf sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler kein. Es ist auf Dauer eine gute Mischung zwischen Präsenzunterricht und digitalem Lernen zu erreichen. Dabei sind alle Schulen und alle Schülerinnen und Schüler ausreichend auszustatten. Die evtl. Benachteiligung von sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern ist „im Auge“ zu behalten.</i></p>
GRÜNE	<p><i>Allein durch den Einsatz von I-Pads, Laptops und Beamern wird Unterricht in der Schule nicht besser, lernen Schülerinnen und Schüler nicht einfacher oder mehr. Der Einsatz digitaler Technik muss also immer in eine gute Idee von „Was ist eigentlich guter Unterricht? Und wie können Schüler möglichst erfolgreich lernen?“ eingebettet werden. Die Vor- und Nachteile von Digitalisierung sind so oft öffentlich benannt worden, dass wir sie hier nicht nochmals wiederholen wollen. Wir hier in Rheda-Wiedenbrück müssen allerdings aufpassen, dass im Zuge der Digitalisierung niemand abgehängt wird, dass also auch Familien mit geringem Einkommen sich die Anschaffung und Nutzung der digitalen Endgeräte leisten können. Die Sicherung von Chancengleichheit darf nicht durch die fortschreitende Digitalisierung der Schulen eingeschränkt werden.</i></p>
FDP	<p><i>Wir sehen zuerst die Vorteile von digitalen Schulen. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie weit wir im internationalen Vergleich zurückliegen. Die Schule soll auf das Leben vorbereiten. Gerade weil aber alle Lebensbereiche und Berufsfelder gerade einen unglaublich großen Digitalisierungsschub nehmen, kann sich die Schule dem nicht widersetzen. So selbstverständlich es ist, in der Schule Fremdsprachen zu erlernen, so normal muss es auch werden, eine Programmiersprache zu lernen. Außerdem bietet digitaler Unterricht eine höhere Flexibilität und Effizienzsteigerung. Wenn Hausaufgaben per E-Mail abgegeben oder gleich online überprüft werden können, wird der Lernerfolg unmittelbarer und die Bewertung transparenter.</i></p>
LINKE	<p><i>Die Digitalisierung verschärft die soziale Ungleichheit. Vielen Schüler*innen fehlen die technischen Voraussetzungen für einen Zugang zum Internet. Das trifft auch auf die Schulen zu. Manche Lehrer*innen sind mit der neuen Technik überfordert.</i></p>
AfD	<p><i>Es hat sowohl Vorteile wie Nachteile. In den ersten Jahren müssen Kinder „lernen lernen“, also das Wissen vermittelt bekommen, wie man richtig lernt, das vermittelte Wissen also „speichert“. Da ist in den ersten Jahren klassischer Unterricht besser als Tablets.</i></p>
FWG	

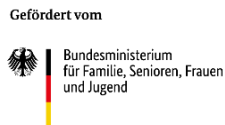


Demokratie *leben!*



MOVE

Wir sehen in der Digitalisierung riesige Chancen. Digitalisierte Schulen können jetzt via Videokonferenzen und virtuellen Klassenräumen weiterarbeiten. Auch in Zukunft können so Aufgaben und Planungen für die Schüler erleichtert werden, die Kommunikation mit den Eltern kann gewährleistet werden und unsere Kids und Jugendlichen verlieren nicht den Anschluss an andere, digitalere Länder. Nur vom Handyspielen wird man kein Digital Native, man muss auch auf das Arbeitsleben vorbereitet sein. Es gibt aber auch Nachteile: Bei übermäßigen und unreflektiertem Konsum von digitalen Medien kann dies negative psychologische und physische Auswirkungen auf den Jugendlichen haben.

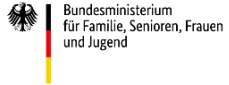


15. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass alle Schülerinnen und Schüler gleichberechtigt an der Digitalisierung des Lernens an unseren Schulen teilhaben können? (Stichwort: soziale Ungleichheit)

CDU	<ul style="list-style-type: none"> • alle Schulen werden nach und nach mit mobilen Endgeräten ausgestattet, die allen Schülerinnen und Schülern die gleiche Teilhabe an der Digitalisierung des Unterrichtes ermöglicht • alle Schulen sind/werden so mit Räumen und Technik ausgestattet, dass die Schülerinnen und Schüler praktisch alle Aufgaben und Lerninhalte in den Schulen erarbeiten können und nicht auf häusliche Infrastruktur angewiesen sind (jüngste Beispiele sind das „Junior-Rats“, das „Zweistein“, der Neubau des Gesamtschulstandortes Rheda oder die Johannis-Schule)
SPD	<p><i>Hier muss es eine angemessene finanzielle Förderung der sozial benachteiligten Schülerinnen und Schüler hinsichtlich der Ausstattung geben. Dafür werden wir uns einsetzen. Zudem muss es spezielle Ansprechpartner für die sozial benachteiligten Schülerinnen und Schüler im digitalen Lernen geben. Der Umfang der Schulsozialarbeit ist unter Berücksichtigung der Folgen des digitalisierten Lernens und der Folgen für sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler ggf. auszuweiten, um spezielle „Digitalunterstützer“ für sozial benachteiligte Jugendliche bereit zu stellen.</i></p>
GRÜNE	<p><i>s. Frage 14</i></p>
FDP	<p><i>Chancengleichheit kann nur erreicht werden, wenn alle Schülerinnen und Schüler dieselben Ausgangsvoraussetzungen für digitalen Unterricht vorfinden. Für uns ist klar, dass die hierfür erforderliche Hardware nur durch die Stadt gestellt werden kann. Wir werden deshalb jeden Schüler gleichwertig mit der erforderlichen Hardware, z.B. Tablets, ausstatten.</i></p>
LINKE	<p><i>Allen Schüler*innen müssen gleichwertige technische Möglichkeiten zur Verfügung stehen, z.B. Laptops. Bei Bedarf digitale Weiterbildung für Lehrer*innen und Schüler*innen.</i></p>
AfD	<p><i>Die weiterführenden Schulen sollen mit der Hardware ausgestattet werden, die nötig ist.</i></p>
FWG	
MOVE	<p><i>Leihgeräte von den Schulen sind eine Lösung – aber die müssen auch vorhanden sein. Der Umgang damit muss gelernt sein, und auch die Lehrer und Lehrerinnen müssen damit umgehen können. Von einem finanziellen Zuschuss zum Gerät raten wir ab, es sollte direkt ein funktionierendes, mit allen Programmen ausgerüstetes Gerät sein, das startklar ist. Da die Schulen alle unterschiedliche Lernplattformen nutzen, sollten die Schulen die finanziellen Mittel bekommen, diese Leihgeräte zu konfigurieren und die Verteilung zu verwalten.</i></p>

16. Wie wollen Sie sonst noch gegen soziale Ungleichheit in Rheda-Wiedenbrück vorgehen?

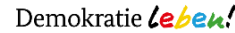
CDU	Die CDU ist in Rheda-Wiedenbrück, der Doppelstadt, immer auf Ausgleich und Gleichklang eingestimmt. Wir versuchen immer, die Belange beider Stadtteile in den Blick zu nehmen und zu bedenken. Viele Probleme können wir nicht allein in der Stadt auf kommunaler Ebene lösen, manchmal liegen Bundesgesetze dahinter, wie z. B. das Hartz-IV-Gesetz. Wo immer es geht und es Aufgabe vor Ort ist, setzen wir uns mit aller Kraft für die Schwächsten ein, unsere Kindergärten sind vorbildlich, wir haben einen hohen Versorgungsgrad mit KITA- und OGGs-Plätzen in der Stadt.
SPD	<i>Der Kommune bleiben da sehr wenig Handlungsmöglichkeiten. Dies ist eine eher bundespolitische Frage. Wir sind gleichwohl gefordert, bei jeder kommunalpolitischen Frage mitzudenken, ob dadurch jemand sozial ungleichbehandelt wird. Wenn dies der Fall ist, werden wir auch zukünftig den Anspruch erheben, dass alle gleichbehandelt werden, um eine weitere Verschärfung der sozialen Ungleichheit zu verhindern. Die Ermäßigungen für die Stadtpassinhaber sind weiter auszubauen.</i>
GRÜNE	---
FDP	<p><i>Selbstbestimmung und Eigenverantwortung sind für uns Freie Demokraten zwei wesentliche Ziele unserer Politik. Dies bedingt aber, dass jeder Mensch vom Beginn des Lebens dieselben Startchancen hat, um selbstbestimmt und eigenverantwortlich zu leben. Gerade deshalb ist es uns ein Herzensanliegen, für gleiche Chancen im Leben zu kämpfen. Es darf daher für die weitere Entwicklung keinen Unterschied machen, in welche Familie ein Kind geboren wird. Eilige Einzelforderungen, mit denen wir hierzu beitragen möchten, sind:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Sprachförderung in der KiTa, damit jedes Kind mit der Einschulung der deutschen Sprache mächtig ist;</i> • <i>Ein breiteres Differenzierungsangebot an unseren Schulen, damit Kinder gemäß ihren Interessen und Fähigkeiten beschult werden;</i> • <i>Ausbau und Verbesserung der Schulsozialarbeit;</i> • <i>Niedrige Elternbeiträge für Kitas, damit Eltern ihre Kinder nicht aus finanziellen Gründen nicht in eine KiTa geben;</i> • <i>Digitale Schulausstattung, damit Wissensvermittlung nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern abhängig ist;</i> • <i>Programme zur Begabtenförderung und Unterstützung bei der Vermittlung von Stipendien;</i> • <i>Beratungsstellen für soziale, familiäre oder finanzielle Problem</i>
LINKE	<i>Allen Bürger*innen formlos und zwanglos Unterstützung gewähren. Verhinderung der Ansiedelung von Betrieben, die auf prekäre Beschäftigung und Niedriglöhne setzen. Ausbau des Angebotes an gutem und bezahlbarem Wohnraum. Verhinderung einer Ghettoisierung. Gleiche Bildungschancen für alle.</i>
AfD	<i>Die soziale Ungleichheit ist ja von den etablierten Parteien, CDU, SPD, Bündnis 90 Grüne über Jahrzehnte durch Klientelpolitik auf Bundesebene so herbeigeführt worden. Es wurde ausschließlich Politik für multinationale Konzerne gemacht, siehe Agenda 2010, der Freibrief für „Sklavenhaltung“, siehe Leiharbeit, Arbeitnehmerüberlassung. Siehe Leiharbeit und Werksverträge, besonders in Rheda spürbar. Das ist moderner Sklavenhandel. Ganz besonders die SPD trifft hier die meiste Schuld. Die SPD hat die Gesetzgebung damals mit den Grünen zusammen so gemacht!</i>



Demokratie *leben!*

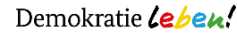


FWG	
MOVE	<i>Viele Themen sind natürlich auf Landes- und Bundesebene geregelt, aber wir werden die Freiräume, die uns in der Stadt zur Verfügung stehen nutzen, um auf Missstände hinzuweisen und Konzepte dagegen ausarbeiten. Es gibt aber Möglichkeiten Jugendarbeit für benachteiligte Jugendliche zu unterstützen und sich dafür zu engagieren. Die werden wir gerne nutzen.</i>

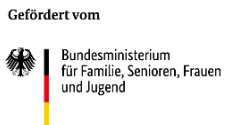


17. Welche Klimaschutzmaßnahmen wollen Sie in Rheda-Wiedenbrück ergreifen?

<p>CDU</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Anmietung von Dachflächen für Photovoltaik-Anlagen • Förderung der Anlage von Gründächern • Einrichtung einer zweiten Wasserstofftankstelle in Rheda • weitere energetische Ertüchtigung öffentlicher Gebäude • Ausbau des Radwegenetzes • Stärkung des ÖPNV • weitere Umstellung des städtischen Fuhrparks auf Fahrzeuge mit umweltfreundlichen Antrieben • Aufforstung städtischer Brachflächen • Einstellung eines Klimamanagers
<p>SPD</p>	<p><i>Insbesondere den Ausbau der regenerativen Energien, den Erhalt von Grünflächen, den Ausbau des Radverkehrs, den Erlass einer Baumschutzsatzung, den Ausbau von Blockheizkraftwerken, die Bildung eines eigenen „Umweltausschusses“, die Ausweitung des öffentlichen Personennahverkehrs, die Unterstützung von Modellen wie „Car-Sharing“, Zuschüsse zu umweltfreundlicher Mobilität (z. B. zum Kauf von Fahrrädern, zu Monatskarten für öffentliche Verkehrsmittel), wollen wir u. a. unterstützen und fordern.</i></p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Klimaschutz ist eine langfristige, dauerhafte Aufgabe. Schnellschüsse und auf Effekthascherei ausgelegte Aktivitäten helfen uns hier nicht weiter. Die Grünen versuchen seit Jahren, dem Klimaschutz mehr Bedeutung und Beachtung zu verschaffen. Allmählich ist ein Wandel in der Wahrnehmung spürbar. Ausgelöst unter anderem auch durch die Aktionen von Fridays for future und anderen Aktivisten. Im großen Stil sind bei Fragestellungen rund um das Klima Bund und Länder gefragt. Zum einen, weil für entsprechende Maßnahmen Gesetze erforderlich sind und zum anderen weil hierfür zum Teil viel Geld aufgewendet werden muss. Das heißt nicht, dass auf kommunaler Ebene keine Möglichkeiten vorhanden sind, dem Thema mehr Bedeutung zukommen zu lassen. Ein wesentlicher Aspekt ist Sensibilität für die Herausforderungen die der Klimawandel mit sich bringt, in unsere Gesellschaft zu wecken und zu erhalten. Wir von Bündnis 90/Die Grünen haben uns vor Jahren für die Einstellung eines Klimamanagers stark gemacht. Tatsächlich wurde eine entsprechende Stelle in der Stadtverwaltung eingerichtet. Ein im letzten Jahr von Bündnis 80/Die Grünen eingereichter Antrag wurde von den übrigen Parteien im Rat mehrheitlich unterstützt und erweitert, so dass in Zukunft 2 Klimaschutzmanager in der Verwaltung tätig sein werden. Die Aufgabe der Klimaschutzmanager wird es sein, den Klimaschutz in Verwaltungshandeln umzusetzen und vor allem auch in der Gesellschaft (Privathaushalte, Betriebe, Schulen u. a.) voranzubringen. Gestalterisch können wir auf kommunaler Ebene über die Bauplanung im Sinne des Klimaschutzes Wege weisen. Hier wollen wir über Festsetzungen (nicht nicht bei städtischen Flächen) in den Bebauungsplänen den Klimaschutz forcieren. Das kann z. B. die Verpflichtung sein, Photovoltaikanlagen auf Dächern von Neubauten zu installieren. Zu denken ist auch an die Wärmeversorgung (dezentral über Blockheizkraftwerke, Wärmepumpen, Geothermie). Hier werden nach unserer Auffassung auf kommunaler Ebene nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Daran arbeiten wir. Ein wichtiger Aspekt in Sachen Klimaschutz ist auch der sparsame Umgang mit Flächen. Die Nachfrage nach Flächen für Infrastrukturmaßnahmen (Straßen etc.), Wohnbebauung, Industrie und Gewerbe ist sehr groß. Der Flächenvorrat für diese Vorhaben aber begrenzt. Unser Ziel ist es, den Flächenverbrauch zu reduzieren bis hin zum Nullflächenverbrauch. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von einer „endlichen Stadt“. Wir werden uns überlegen müssen, wie wir</p>



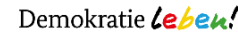
	<p>dieses erreichen wollen. Eine Möglichkeit ist die Verdichtung von vorhandenen Nutzungen (Wohnen und Industrie und Gewerbe). Das Themenfeld ist sehr umfangreich und unglaublich komplex. Neben der Reduzierung des Fahrzeugverkehrs (Stichpunkt ÖPNV – bessere Vernetzung zwischen den Verkehrsträgern – besser Taktung - Fahrpreise), gehört zu diesem Themenfeld auch die Landwirtschaft mit all ihrem Einfluss im Hinblick auf das Klima. Hier gilt es, die Regionalität beim Konsum voranzubringen (regionale Produkte für die Verpflegung in Kantinen, Mensen an Schulen und sonstigen kommunalen Einrichtungen) Großküchen.</p>
<p>FDP</p>	<p><i>Um das Klima wirkungsvoll zu schützen muss die Menschheit ihren CO2-Ausstoß drastisch reduzieren. Als FDP bekennen wir uns hierzu und setzen uns dafür ein, dass uns dies auch vor Ort gelingt. Dies kann aber nur gelingen, wenn hierfür eine Akzeptanz in der Bevölkerung besteht. Klimaschutz geht nur mit den Menschen; nicht gegen sie. Deshalb setzen wir auf Maßnahmen, die</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <i>1. ohne Verbote zu einer Reduzierung des CO2-Ausstoßes führen, und</i> <i>2. zu einer höheren CO2-Bindung führen.</i> <p>Zu 1)</p> <ul style="list-style-type: none"> <i>• Verbesserung des ÖPNV-Angebots und der Radwegeverbindungen, um den Umstieg vom Auto attraktiver zu machen;</i> <i>• Energetische Sanierung und Nutzung regenerativer Energien bei allen städtischen Gebäuden, Schulen, Bädern und Rathäusern; Photovoltaikanlagen auf den Dächern öffentlicher Gebäude;</i> <i>• Ausbau der Lade- und Tankstelleninfrastruktur für alternative Antriebstechnologien (Batterie, Wasserstoff);</i> <i>• Umrüstung aller städtischen Fahrzeuge auf alternative Antriebe;</i> <i>• Bauplanerische Festsetzungen zum energieeffizienten Bauen in Neubaugebieten.</i> <p>Zu 2)</p> <ul style="list-style-type: none"> <i>• Aufforstung der städtischen Wälder und Begrünung des öffentlichen Straßenraums – unser Ziel: jeden Tag soll die Stadt mindestens einen Baum pflanzen;</i> <i>• Konzepte zur Nahverdichtung von Brachflächen und höheres Bauen (3 Vollgeschosse) innerhalb von Baugebieten, um die Flächenversiegelung für Neubaugebiete zu reduzieren;</i> <i>• Anlagen von Blühstreifen entlang von städtischen Straßen;</i> <i>• Sicherung von Frischluftschneisen und Maßnahmen gegen die Erhitzung unserer Innenstädte;</i> <i>• Begrünung von Bushaltestellen.</i>
<p>LINKE</p>	<p><i>Reduzierung des Individualverkehrs durch massiven Ausbau des ÖPNV und der Fahrradinfrastruktur. Verstärkte Förderung regenerativer Energien. Energieerzeugung und -versorgung in kommunaler Hand.</i></p>



im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie *leben!*

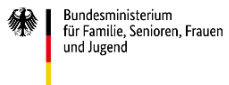


	<i>Oberflächen entsiegeln. Bei der zukünftigen Erschließung von Bauland Baumreihen, Hecken, Busch- und Grünstreifen zur natürlichen Entwicklung erhalten bzw. einplanen. Eine Baumsatzung verabschieden. Verbesserung der Wasserqualität der Ems und anderer Gewässer durch den Ausstieg aus der Massentierhaltung und die Schließung des Schlachthauses (Reduzierung der Belastung durch Nitrat und multiresistente Keime). Keinen weiteren Ausbau des Gewerbegebietes Aurea.</i>
AfD	<i>Keine. Klima ist das Mittel der Wetterdaten aus 30 Jahren, da kann man nichts schützen. Klimawandel, also den Wandel der Wetterbedingungen gab es immer. Der Einfluss von CO2 ist marginal, der menschliche Einfluss nochmals geringer. Das IPCC ist eine politische Organisation und keine wissenschaftliche! Es geht ausschließlich darum den Preis für Energie in die Höhe zu treiben, mit dem Resultat der sozialen Ungleichgewichte, welche wir haben. Ferner geht es bei den CO2-Zertifikaten um extrem hohe Beträge im Billionen-Dollar-Bereich. Da interessiert die Macher/ Befürworter nur das Geld und sonst nicht.</i>
FWG	
MOVE	<i>Den weiteren Ausbau von Radwegen befürworten wir. Darüber hinaus beschäftigt die Stadt inzwischen 3 Klimaschutzmanager. Deren Output muss politisch auch erst einmal bewältigt werden. Müllvermeidung und auch die Bedeutung der Verschmutzung des öffentlichen Raums kann auch in den Jugendzentren Thema sein, um gemeinsam mit den Jugendlichen kreative Ansätze zu finden. Klima- und Umweltschutz ist mehr als nur CO2 und NOx.</i>



18. Wie wollen Sie Rheda-Wiedenbrück als Wirtschaftsstandort für solche Unternehmen attraktiver machen, die Jugendlichen eine gute Ausbildung ermöglichen?

CDU	<ul style="list-style-type: none"> • grundsätzlich ja, allerdings sind unsere Einflussmöglichkeiten hier begrenzt, zudem bilden viele Unternehmen der Stadt und auch die Stadt selbst schon in hohem Maße aus, die städtische Wirtschaftsförderung unterstützt außerdem durch Aktionen wie „Elevator-Pitch“, „Speeddating“, „Tag der Ausbildung“ und die Finanzierung von Übergangsbetreuern an den weiterführenden Schulen bereits aktiv die Ausbildungsmöglichkeiten von Jugendlichen • zusätzlich bietet die Wirtschaftsförderung des Kreises Gütersloh „pro Wirtschaft GT“ Förderprogramme für Jungunternehmer an • durch die Politik der CDU gibt es viele starke Unternehmen im Kreis Gütersloh, die Ausbildungsberufe mit Zukunft anbieten
SPD	<p><i>Wir müssen attraktive neue Gewerbe- und ggf. Industriegebiete unter Beachtung von Belangen des Umwelt- und Landschaftsschutzes ausweisen. Wir müssen die Möglichkeiten als Stadt die Möglichkeit des Erwerbs von bezahlbaren Grundstücken für den Wohnungsbau und bezahlbarem Mietwohnraum schaffen. Die Schulen sind gut auszustatten. Es müssen genügend Kinderbetreuungsmöglichkeiten vorhanden sein. Der Ausbau des Breitbandnetzes ist voran zu treiben. Die Innenstädte sind attraktiver zu gestalten. Der örtliche Einzelhandel ist zu fördern. Ein attraktives Kultur- und Freizeitangebot ist vorzuhalten.</i></p>
GRÜNE	<p>Die engen Kooperationen unserer Schulen, beispielhaft seien die Osterrath-Realschule und die Städtische Gesamtschule genannt, zeigen, wie gut es ist Schüler als potentielle Auszubildende schon während der Schulzeit mit einem Ausbildungsbetrieb zusammenzubringen. Diese Kooperationen sollten weiter ausgebaut werden und auch für kleinere Betriebe von Nutzen sein. So könnten kleine Betriebe sich miteinander vernetzen oder die Strukturen von Pro Arbeit und der fare gGmbH nutzen.</p>
FDP	<p><i>Wir haben den Eindruck, dass der Großteil unserer heimischen Unternehmen eine hervorragende Ausbildungsqualität bietet. Leider bleiben schon heute viele Ausbildungsplätze unbesetzt. Wir unterstützen daher zunächst alle Maßnahmen, um passgenaue Ausbildungsplätze zu vermitteln, damit die richtige Berufswahl einfacher wird. Auch bei praxisintegrierten Studiengängen bieten unsere Unternehmen bereits viele Möglichkeiten für ein duales Studium an. Wir setzen uns mit unseren Abgeordneten im Kreistag dafür ein, dass der Studienort Gütersloh der FH Bielefeld weitere Studiengänge anbietet, die auch unsere heimischen Unternehmen dual anbieten können. Insgesamt möchten wir neue Gewerbeflächen ausweisen, damit sich bestehende Unternehmen erweitern können und sich neue Unternehmen ansiedeln, die Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen.</i></p>
LINKE	<p><i>Zum Beispiel durch eine Umgestaltung der Gewerbesteuer in eine Gemeindeförderung, deren Höhe sich an der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit der Betriebe orientiert. Ein Kriterium wäre die Qualität und Anzahl von Ausbildungsplätzen, ein anderes die zugesagte Übernahme von Auszubildenden nach der Ausbildung. Solche Unternehmen könnten auch bei Vergabe von Gewerbeflächen und öffentlichen Aufträgen bevorzugt werden.</i></p>
AfD	<p><i>In dem man die CDU und SPD verhindert. Siehe oben, die Initiatoren der Ungleichgewichte.</i></p>
FWG	



Demokratie *leben!*



MOVE

Wir würden z.B. auf dem Max-Bahr-Gelände einen Handwerkerpark begrüßen, um die Handwerker bei uns in der Stadt zu halten. Dann müssen diese nicht in die entfernten Gewerbegebiete ziehen, wo man als Azubi ohne eigenes Auto oft kaum hinkommt. Man sollte über eine gewisse Steuererleichterung oder anderweitige Förderungen für Unternehmen, die ausbilden, nachdenken.

19. Wie stehen Sie zu den in Kritik geratenen Arbeitsbedingungen des in Rheda-Wiedenbrück ansässigen Unternehmens Tönnies?

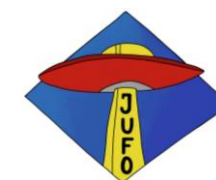
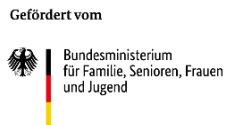
CDU	die Firma Tönnies hält sich nach unseren Erkenntnissen an geltendes Recht und Gesetz; das ist für uns entscheidend
SPD	<i>Das System der Werksvertragsarbeit ist generell für alle Branchen – vorrangig aber erst einmal für die Fleischindustrie – abzuschaffen. Die aktuellen Wohnbedingungen müssen der Vergangenheit angehören. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeitnehmer sind zu verbessern. Die Integration der ausländischen Arbeitnehmer ist.</i>
GRÜNE	<i>Bei Tönnies in Rheda-Wiedenbrück arbeiten ca. 7000 Menschen. Der überwiegende Teil der Beschäftigten arbeiten in sogenannten Werkverträgen bei Subunternehmen. Die Arbeitsbedingungen dort sind eine bisher tolerierte Form von modernem Sklaventum. Die Menschen sind durch die Koppelung von Arbeitsplatz und Wohnung extrem abhängig von den Subunternehmen. Wer Kritik übt, krank ist oder schwanger, verliert leicht seinen Arbeitsplatz und seine Wohnung (zu zweifach bis dreifach überhöhten Mieten) oder sein Bett (ca. 300 €) und steht mittellos ohne Sprachkenntnis und Geld auf der Straße. Einen Betriebsrat an den man sich wenden könnte gibt es für solche Beschäftigungsformen nicht. Die Arbeit ist körperliche anstrengend, es wird bei großem Lärm gearbeitet, in kalten Hallen, mit einem rauen Arbeitston, es stinkt zum Teil (besonders im Sommer) sehr, Wochenarbeitszeiten von bis zu 60 Stunden sind normal. Der Mindestlohn wird häufig aufgrund von produktionsbedingten Pausen durch Abzüge unterlaufen. Also man kann das Abkürzen: die Kritik an den Arbeitsbedingungen ist absolut berechtigt.</i>
FDP	<i>Das System der Werkverträge ist nichts, was wir auf städtischer Ebene ändern oder gestalten können, sodass wir an den Arbeitsverhältnissen nicht unmittelbar etwas ändern können. Hinsichtlich der Arbeitsbedingungen im Unternehmen wissen wir aus vielen Gesprächen mit der Unternehmensleitung, aber auch mit Gewerkschaften und Mitarbeitern sowie durch Unternehmensbesuche, dass diese für die Verhältnisse der Fleischindustrie sehr fortschrittlich sind. Arbeits- und Pausenzeiten werden strikt eingehalten und dokumentiert und der tarifliche Mindestlohn gezahlt. Letztendlich ist es aber eine Tätigkeit, die sich die wenigsten von uns als Beruf vorstellen könnten. Große Probleme haben wir aber mit den Wohn- und Lebensbedingungen mancher Werkvertragsarbeitnehmer. Wir akzeptieren es nicht, dass Menschen in unwürdigen Verhältnissen in „Bettenburgen“ und „Matratzenlagern“ zu teilweise überhöhten Mieten untergebracht werden. Solchen Vermietern werden wir mit allen Mitteln, die das Bauordnungsrecht bietet, begegnen. Regelmäßige Kontrollen und eine konsequente Sanktionierung bei Verstößen sind deshalb nötig. Außerdem kritisieren wir die Art und Weise, wie durch süd-/osteuropäische Subunternehmer häufig der Arbeitsplatz an eine überbezahlte Unterkunft geknüpft ist. Auch wenn wir dies unmittelbar im Stadtrat nicht ändern oder verbieten können, so werden wir streng darauf achten, dass die gesetzlichen Mindestanforderungen erfüllt sind und dass die Subunternehmer in Rheda-Wiedenbrück ihre Steuern zahlen und sich somit an den Kosten für die Integration beteiligen.</i>
LINKE	<i>Die Arbeits- und Lebensbedingungen der dort arbeitenden Menschen werden von uns seit vielen Jahren scharf kritisiert. Werkverträge und Leiharbeit sollten verboten werden. Die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften brauchen mehr Mitspracherechte. Betriebsvereinbarungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung können erste Verbesserungen bringen. Alle Beschäftigten müssen kurzfristig sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze bekommen. Die Koppelung von Arbeits- und Mietverträgen muss untersagt werden. Gegen Mietwucher muss rigoros vorgegangen werden. Grundsätzlich sehen wir für das Tönnies-Schlachthaus in Rheda keine Zukunft. Der Betrieb muss geschlossen werden. Es ist drängende Aufgabe der Stadt, gemeinsam mit allen Bürger*innen ein Konzept für eine zukunftsfähige, regionale und vielfältige Wirtschaft zu entwickeln.</i>
AfD	<i>Siehe Frage 16. Diese Arbeitsbedingungen sind mittlerweile in allen Branchen so. Im Güterkraftverkehr durch bulgarische Fahrer mit 1,87€ Mindestlohn, durch Kabotage, Missbrauch bei Lenk- und Ruhezeiten, in der Kranken- und Altenpflege (besonders durch die von SPD und Grünen be-</i>



im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie *leben!*

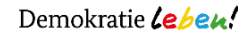


	<p><i>herrschten sozialen Träger). Der damalige SPD-Minister Gabriel hatte wohl einen Beratervertrag mit 10.000 € pro Monat bei Tönnies. So viel zur sozialen Gerechtigkeit der SPD. Was wir heute erleben ist ein Kampf von „Reich“ gegen „Arm“ und es scheint so, dass „Reich“ gewinnt, (Lothar Dombrowski alias Georg Schramm, ZDF, Neues aus der Anstalt).</i></p>
<p>FWG</p>	
<p>MOVE</p>	<p><i>Die können wir nachvollziehen. Eines unserer Kernthemen ist ja Integration statt Ausgrenzung, und was bei den Werkvertragsarbeitern geschieht, finden wir sehr schwierig. Der Gesetzgeber hat das ja mittlerweile auch eingesehen, ab Januar 2021 soll diese Art der Anstellung verboten sein. Jetzt müssen wir sehen, was das konkret für Änderungen für Rheda-Wiedenbrück bedeutet.</i></p>

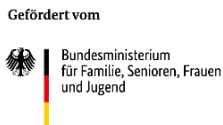


20. Wie wollen Sie das Verhältnis zwischen den osteuropäischen Tönnies-Mitarbeitern und der lokalen Bevölkerung verbessern?

<p>CDU</p>	<p>In den letzten Jahren ist bereits viel für die Integration getan worden:</p> <ul style="list-style-type: none"> o Unterstützung und Zusammenarbeit mit der Willkommensagentur der VHS o Schaffung einer „Clearingstelle“ aus Verwaltungsmitarbeitern und Sozialpädagogen, um u. a. die Wohnraumlage zu verbessern, Beratung zu Schulen und Kindertagesstätten zu leisten oder über weitere Beratungsangebote in der Stadt zu informieren o Umsetzung weiterer Vereinbarungen des Runden Tisches (z. B. Einsetzung einer Ombudsfrau) o Unterstützung beim Schul- und Kita-Besuch (z.B. durch Dolmetscher) <ul style="list-style-type: none"> o Wichtig ist der Dialog zwischen allen Bürgerinnen und Bürger unsere Stadt. Wir alle müssen auch auf unsere Nachbarn zugehen und somit die Integration überhaupt erst möglich machen. Politik allein kann da wenig tun, außer die oben genannten Rahmenbedingungen zu schaffen. o Ein Netzwerk schaffen, welches Vereine und Bürgerinnen und Bürger miteinander verknüpft. Sobald sich die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger bei uns in der Stadt registrieren, bekommen sie einen Lotsen/Mentor an die Seite gestellt, der sie zu Anfang begleitet und den Eltern die Perspektiven für ihre Kinder/ sich selber aufzeigen und den Vereinen näher bringen.
<p>SPD</p>	<p><i>Auch dieses geht nur über persönliche Begegnungen mit den Tönnies-Mitarbeitern. Politik ist hier auch als Partei gefordert, diese Begegnungen zu fördern und aktiv auf die Betroffenen zuzugehen. Wir haben bereits einen „RotenGrill“ mit den Betroffenen durchgeführt und zusammen mit den Gewerkschaften einen Sprachkurs durch Ehrenamtler angeboten. Die Stadtbevölkerung muss sich insgesamt wie bei der Flüchtlingskrise verhalten und die Bereitschaft zeigen, die Menschen zu integrieren, wenn sie hier dauerhaft leben wollen. Hierfür ist jeder einzelne verantwortlich. Politik ist gefordert, dieses zu unterstützen und aktiv dazu aufzufordern, die Begegnung zu suchen. Nur durch persönlichen Kontakt und Unterstützung kann sich das Verhältnis verbessern und Vorbehalte abgebaut werden.</i></p>
<p>GRÜNE</p>	<p><i>Wir setzen uns für niedrighschwellige Sprachförderung für die Familien mit Werkverträgen ein, weil gerade die mangelnde Sprachkenntnis eine gelingende Integration verhindert. Außerdem sind wir der Auffassung, dass die Kinder nicht massiv in einzelnen „Ausländerklassen“ beschult werden sollten, sondern besser auf die Grundschulen im gesamten Stadtgebiet verteilt werden sollten. Insgesamt benötigen wir mehr Sozialarbeit in den Bereichen Beratung, Bildung und Integrationsbegleitung um die gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten zu verbessern. Dies umfasst auch die Schaffung von Begegnungsangeboten in der Kommune. Außerdem benötigen für diese Personengruppen einen verstärkten dezentralen sozialen Wohnungsbau in der Stadt. Die Wohnraumkontrollen müssen auch im Bereich der Privatvermietungen etabliert werden und insgesamt konsequenter und zum Teil auch ohne Voranmeldung erfolgen.</i></p>
<p>FDP</p>	<p><i>Die Stadt Rheda-Wiedenbrück hat eine umfassende Studie zu den bei Tönnies beschäftigten Werkvertragsarbeitnehmern erstellt. Hieraus ergibt sich ein sehr unterschiedliches Bild hinsichtlich der Erwartungshaltung der Mitarbeiter an ihre neue Heimat, dem (geplanten) Familiennachzug und der jeweiligen Integrationsbereitschaft. Einige Gruppen möchten hier für wenige Jahre relativ viel Geld verdienen, welches sie in ihre Heimatländer</i></p>



	<p><i>überweisen. Sie möchten weder dauerhaft in Rheda-Wiedenbrück leben noch ihre Familien nachholen. Dementsprechend ist auch die Notwendigkeit einer Integration in unsere Gesellschaft nicht unbedingt gegeben. Für andere Gruppen, die mit ihren Familien hierherziehen und dauerhaft hier leben möchten, muss die Integration gelingen. Dies beginnt beim Erlernen der deutschen Sprache durch entsprechende Angebote. Auch ein Verständnis über die jeweiligen Lebensweisen fördert den gegenseitigen Austausch. Daher unterstützen wir Angebote zum Erlernen der deutschen Sprache und für interkulturelles Lernen.</i></p>
LINKE	<p><i>Der Bevölkerung vermitteln, warum die Menschen aus Osteuropa hier für wenig Lohn und bei schlechter Unterkunft arbeiten. Die Ghettoisierung muss beendet werden. Stadtplanung und Wohnungspolitik müssen dem gerecht werden. Sprachkurse müssen verstärkt auch während der Arbeitszeit angeboten werden.</i></p> <p><i>Kulturelle und sportliche Aktivitäten sind zu fördern.</i></p>
AfD	<p><i>Es sind überwiegend temporäre Arbeitsverträge. Von daher wird es wohl kein näheres Verhältnis geben.</i></p>
FWG	
MOVE	<p><i>Wenn man nur vorübergehend hier ist, hat man keinerlei Motivation, die Sprache zu lernen – diese ist aber der Schlüssel zur Integration. Ohne Sprache kein Verständnis. Und was in manchen Kulturkreisen als begrüßenswert und respektabel gilt, kommt hier gar nicht gut an. Einfacher ist es, wenn ganze Familien kommen, als wenn alleinstehende Männer hier für 3 – 6 Monate wohnen. Dann funktioniert das automatisch über die Kinder in Kitas und Schulen. Sensibilisierung der Ankommenden über interkulturelle Unterschiede halten wir für sehr wichtig! Ein „Rheda-Wiedenbrück für Anfänger“ oder „Wie ticken die Ostwestfalen?“ wäre sinnvoll. Dafür sollten auch die Arbeitgeber in die Pflicht genommen werden, eine Broschüre landet schneller im Altpapier als ein Pflichtvortrag, den man in seiner Sprache hört.</i></p>



21. Was tun Sie dafür, dass Rheda-Wiedenbrück familienfreundlicher wird?

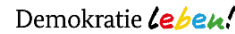
CDU	<ul style="list-style-type: none"> • Rheda-Wiedenbrück ist bereits sehr familienfreundlich • wir investieren deutlich mehr in Schulen und Kindertagesstätten als der Durchschnitt der Kommunen in NRW • sowohl bei der Betreuung der Ü-3-Kinder als auch der U-3-Kinder erreichen wir 100% Bedarfsdeckung • alle Kindertagesstätten und Schulen sind baulich und im Hinblick auf die Außenanlagen überdurchschnittlich ausgestattet • an allen Kindertagesstätten und Schulen wird ein qualitativ gutes Mittagessen angeboten • Familien mit Einkommen unter 25.000 zahlen keine OGGS- oder Kindergartengebühren • es gibt eine Reihe von familiengerechten Freizeitangeboten (Kino-Bus, Büchereien, Schwimmbäder, Spielerei, Seilgarten, Schaukelanlagen, Spielplätze, Skater-Park, Sandvolleyballanlage in der Flora Westfalica und in Lintel, besondere Kinderangebote im Theater- und Konzertprogramm der Flora Westfalica, in jedem Baugebiet Spiel- und Bolzplätze, städtisch unterstützte Jugendhäuser)
SPD	<p><i>Alle in den übrigen Feldern genannten Punkte wie z. B. bezahlbarer Wohnraum. Wirtschaftsförderung, Ausbau von Freizeitangeboten, ausreichend Betreuungsmöglichkeiten für Kinder etc. gehören zu einer familienfreundlichen Stadt. Darüber hinaus sollten Beratungsangebote für Familien weiter ausgebaut werden.</i></p>
GRÜNE	<p><i>Der zentrale Punkt in einer Familienfreundlichen Stadt ist es Beruf und Familie zu harmonisieren. Die Kitas der Stadt sollten noch mehr auf die Bedürfnisse der Eltern eingehen und die Öffnungszeiten flexibler auslegen. Wir fordern, dass von uns ins Leben gerufene Mobilitätskonzept schnellstens umzusetzen, da die Wege zu den Schulen und Kitas dadurch kürzer und schneller werden. Ein aktiver sozialer Wohnungsbau, z.B. durch eine Gründung einer Wohnungsbaugenossenschaft, die alle Belange der Familien widerspiegelt.</i></p>
FDP	<p><i>Die Familienfreundlichkeit einer Stadt wird an vielen Faktoren gemessen: die Zahl der Kita-Plätze, das Freizeitangebot, die Verfügbarkeit von Spiel- und Grünflächen, genügend Ausbildungsplätze und bezahlbarer Wohnraum für Familien. Wir glauben, dass Rheda-Wiedenbrück in vielen dieser Kategorien bereits sehr familienfreundlich ist. Dringend nachbessern möchten wir bei den Beiträgen für die Kinderbetreuung. Denn gerade die Mittelschicht wird hier deutlich zu stark belastet. Wir möchten diese Beiträge senken. Zudem möchten wir die Betreuungsangebote und -zeiten deutlich ausweiten. Auch bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Gegen Wohnungsmangel hilft nur der Neubau von Wohnungen, sodass wir die Ausweisung von Neu-baugebieten für Familien unterstützen. Außerdem sollen in allen Neu-baugebieten ausreichend Grünflächen und Spielplätze entstehen.</i></p>
LINKE	<p><i>Die KiTa-Öffnungszeiten an den Bedürfnissen der Eltern ausrichten ohne die Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen zu verschlechtern. Ausbau der Randstundenbetreuung. Familiengerechte und bezahlbare Wohnungen schaffen. Freizeitangebote kostengünstig, besser kostenlos, erweitern und zeitnah gestalten.</i></p>
AfD	<p><i>Kostengünstige Neubaugrundstücke an Familien verkaufen statt an Bauträger. Dann braucht die Familie nur die Grunderwerbssteuer für das</i></p>



Demokratie *leben!*



	<i>Grundstück und nicht für das ganze Haus zahlen. Das spart den Familien zehntausende Euro. Kostenlose Kindergärten ab dem 4. Lebensjahr.</i>
FWG	
MOVE	<i>Wir sehen die Notwendigkeit von verfügbaren und bezahlbaren Grundstücken, sowie mietbarem Wohnraum für junge Familien. Die Betreuungskosten für Kinder überschreiten häufig die Teilzeiteinkünfte der Familien (im Falle von 2 berufstätigen Partnern) – Arbeiten muss sich für alle lohnen! Wir fordern ein Konzept der Bezahlbarkeit und der flexiblen Betreuungszeit in einer jeden Kita/OGGS, damit Beruf und Familie noch besser vereinbar sind. Wir wollen Frauen den Wiedereinstieg in den Job vereinfachen bzw. schnellstmöglich gewährleisten, um damit auch den Fachkräftemangel zu bekämpfen.</i>



22. Wie wollen Sie gegen die zunehmende Verschmutzung des öffentlichen Raums vorgehen?

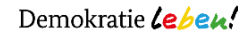
<p>CDU</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die Verschmutzung im öffentlichen Raum lässt sich leider nicht verhindern. Doch sind wir immer wieder als CDU bemüht unsere Stadt ordentlich zu halten. • Aufklärung über Entsorgungsmöglichkeiten (z. B. die kostenlose Entsorgung von elektrischen Großgeräten beim Recyclinghof, die kostenlose Entsorgung von Elektrokleingeräten an verschiedenen Behälterstandorten in der Stadt, Mülltrennung) • kostenlose Anlieferung von Müll beim Recyclinghof, kostenlose Abholung von Sperrmüll durch den Recyclinghof/Pro Arbeit • Kooperation mit der Pro-Arbeit, die unsere Stadt sauber hält mit Müllrädern • Mobiler Ordnungsdienst kontrolliert vermehrt unsere Stadt und meldet verschmutzte Stellen • Einführung der Mängelmelder App • zusätzlich sind alle Bürgerinnen und Bürger gefragt, Müll zu vermeiden und ihn ordnungsgerecht zu entsorgen
<p>SPD</p>	<ul style="list-style-type: none"> - <i>Ausbau der Umwelt-Beratungsstellen im Rathaus</i> - <i>Ausbau des Recyclinghofes</i> - <i>Kampagnen zur Reduzierung von Müll (z. B. über Preisauslobungen für gute Ideen, Schülerwertbewerbe zu dem Thema, Aktionen im Einzelhandel etc.)</i> - <i>mehr Mülleimer (und Aschenbecher) im öffentlichen Raum</i> - <i>Verschärfung der Kontrollen im Stadtgebiet</i> - <i>Konsequente Anwendung von Verwarn- und Bußgeldvorschriften</i>
<p>GRÜNE</p>	<p><i>Das Thema wurde von der Stadt lange verharmlost aber da wir ein Teil der Trashunter sind, haben wir die Müllberge immer vor Augen. Wir fordern ein drei Säulen-Modell für die Stadt Rheda-Wiedenbrück: 1. Wahrnehmung, Erkennen und Aufklären, 2. Abholung und Pflege, 3. Erfassen, Kontrollieren und Bestrafen. Ein zentraler Punkt ist für uns eine gezielte Prävention aber auch die Strafen (Bußgeldkatalog NRW) sollten voll ausgeschöpft werden.</i></p>
<p>FDP</p>	<p><i>Die zunehmende Vermüllung unserer Stadt ist ein ernst zu nehmendes Problem. Wir benötigen deshalb einerseits mehr Personal bei der Stadtreinigung und mehr Mülleimer im öffentlichen Straßenraum. Andererseits fordern wir mehr Personal für das Ordnungsamt und empfindliche Bußgelder für die illegale Entsorgung von Müll in der Öffentlichkeit.</i></p>
<p>LINKE</p>	<p><i>Reduzierung von Verpackungsmüll, Verbot von Einwegverpackungen soweit möglich. Städtische Einrichtungen müssen eine Vorbildfunktion in Sachen Müllvermeidung einnehmen.</i></p>



Demokratie *leben!*

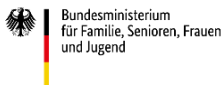


AfD	<i>Wir haben viele Arbeitslose, diese müssen entsprechend beschäftigt werden. Das ist in den meisten anderen EU-Ländern üblich.</i>
FWG	
MOVE	<i>Umwelterziehung im Elementar- und Primärbereich muss verstärkt werden, auch um z. B. gegen die zunehmende Verschmutzung des öffentlichen Raums vorzugehen. Darüber hinaus müssten die Strafen in unseren Augen völlig anders gehandhabt werden. Nicht € 50,- oder 100,- sind zu bezahlen, sondern die Reinigung eines bestimmten Areals, dessen Größe sich nach der Schwere des Vergehens richtet, würde einen erzieherischen Effekt nach sich ziehen. Inwiefern so etwas juristisch umsetzbar ist, wäre im Rahmen der politischen Arbeit zu prüfen.</i>



23. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass sich Jugendliche in Rh-Wd intensiver mit den örtlichen und regionalen Geschehnissen zur Zeit des NS-Regimes auseinandersetzen?

<p>CDU</p>	<p>Politik und Stadt unterstützen bereits folgende Projekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> o Stolpersteinprojekt von Gunter Demnig o die Heimatvereine, die einschlägige Forschung, Publikationen und Projekte betreiben o Museum Wiedenbrücker Schule o eine entsprechende Ausgestaltung der personalen und digitalen Stadtführungen o Erhalt des jüdischen Friedhofs sowie die jährlich dort unter Beteiligung der Israel-AG des Einsteingymnasiums stattfindende Gedenkveranstaltung zur Reichsprogromnacht
<p>SPD</p>	<p><i>Durch Aufklärung der Jugendlichen und durch Organisation von Vorträgen vor Ort und an den Schulen. Wir haben mit Jochen Säger einen stadtgeschichtlichen Experten in unseren Reihen, der gerne auch sicherlich für Vorträge zur Verfügung steht. Grundsätzlich sind aber auch die Schulen gefragt, sich mit den örtlichen Gegebenheiten zu beschäftigen. Falls die Ausstellung „150 Jahre SPD“ in diesem Jahr noch stattfindet, laden wir alle Jugendlichen gerne zu der Ausstellung ein. Ein Kapitel behandelt auch diese „düstere“ Zeit und auch die Frage, wie es dazu kommen konnte. Wir können diese Besuche auch gerne begleiten.</i></p>
<p>GRÜNE</p>	<p>Auf Unsere Initiative hin wurden 49 Stolpersteine in der Stadt verlegt. Denn die Erinnerung an die Gräueltaten der NS-Zeit darf niemals aufhören und ist heute wichtiger denn je. Aus Verantwortung für das Heute müssen wir dafür sorgen, dass gerade die jungen Generationen gut informiert werden über das, was unter Nazi-Deutschland geschehen ist. Rechtsextremismus-/Rassismuspräventionstrainings und Projekttage sollen an allen Schulen fest installiert werden.</p> <p>Ebenfalls wie Fahrten zu Gedenkstätten. Eine Kooperation mit den örtlichen Heimatvereinen ist eine gute Gelegenheit um Jung und Alt zusammenzubringen, um an unserer Geschichte zu forschen. Gute Beispiele sind die Israel-AG am Einstein-Gymnasium oder die Zusammenarbeit bei der Verlegung der Stolpersteine in unserer Stadt.</p>
<p>FDP</p>	<p><i>Die Gräueltaten des Nationalsozialismus dürfen sich niemals mehr wiederholen. Deshalb ist Aufklärung und Erinnerung unsere historische Verpflichtung. Als FDP unterstützen wir alle Projekte und Initiativen, die sich dem Ziel der Erinnerung und dem Gedenken verschrieben haben. Wir begrüßen es, wenn Schulen Projektwochen oder Arbeitsgemeinschaften einrichten. Auch Veranstaltungen mit den letzten lebenden Zeitzeugen soll die Stadt unterstützen.</i></p> <p><i>Die Stadt sollte auch an die Schulen herantreten, um die Schüler zu der jährlichen Gedenkveranstaltung anlässlich der Reichspogromnacht auf dem jüdischen Friedhof in Rheda einzuladen, oder um die in der gesamten Stadt verlegten Stolpersteine zu pflegen. Zudem könnte geprüft werden, ob die Stadt Klassenfahrten in das – relativ nahegelegene – Dokumentationszentrum des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen in der Nähe von Hannover bezuschussen kann.</i></p>



Demokratie *leben!*



<p>LINKE</p>	<p><i>Förderung der öffentlichen Diskussion über die Nutznießer des NS-Regimes und der NS-Zwangsarbeit in Rheda-Wiedenbrück. Auseinandersetzung mit der Verherrlichung von Faschisten, wie dies im Falle, der nach einem nationalsozialistischen Propaganda-Maler benannten „Hans-Schmitz-Straße“ der Fall ist. Viel zu wenig bekannt sind das ehemalige NS-Frauengefängnis an der Nonenstraße. Von 1942 bis 1945 saßen dort bis zu 240 weibliche Gefangene der Nazis ein. Das trifft auch auf die Zweigstelle des ehemaligen Straflagers Oberems an der Varenseller Straße zu. Dort waren bis 1945 bis zu 22 Zwangsarbeiter unter härtesten Bedingungen untergebracht, die auf den umliegenden Höfen in der Landwirtschaft arbeiten mussten. Heute wird das Gebäude vom Jugendkulturring genutzt. Das Wirken der Menschen ins Bewusstsein rufen, die unter Lebensgefahr Verfolgten geholfen haben und sich gegen das faschistische Regime gestellt haben.</i></p>
<p>AfD</p>	<p><i>Diese Zeit war zweifelsfrei die dunkelste Zeit in der deutschen Geschichte. Geschichtsunterricht fokussiert sich aber mittlerweile fast ausschließlich auf dies Zeit. Wir empfehlen das Buch Fremdbestimmt von Thorsten Schulte. Diese Zeit und das Terrorregime wurden ausgiebig finanziert. Das Wissen, wer wen finanziert und manipuliert, muss in den Schulbüchern vermittelt werden, damit so etwas nicht wieder passiert.</i></p>
<p>FWG</p>	
<p>MOVE</p>	<p><i>Momentan ist gar nicht sichtbar, was denn überhaupt gemacht wird. Sind das nur einzelne Projekte an Schulen, wie z.B. die Israel-AG am Einstein, oder gibt es da ein Konzept, das in ganz Rheda-Wiedenbrück Anwendung findet? Wir finden es extrem wichtig, dass neben dem Geschichtsunterricht, wo die Vergangenheit Deutschlands behandelt wird, auch ein lokaler Bezug da ist. Das Beispiel Stolpersteine zeigt doch, dass wir hier in Rheda-Wiedenbrück genügend Fälle für lokal erlebbare Geschichte haben. Wir würden uns ein Projekt dazu wünschen, dass keinen staubigen Charakter hat, sondern ganz konkret zum Verständnis beiträgt und vielleicht die vielen kleinen Bausteine, die es schon an Schulen und in Jugendzentren gibt, zusammenträgt.</i></p>